

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXVII. Jahrgang, Nr. 6

Juni 1954

Inhalt

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Wichtige wirtschaftspolitische Gesetze — Verbreiterung der Konjunkturbelebung — Geringere Zahlungsbilanzüberschüsse als im Vorjahre — Eindämmung des Preis-Lohnauftriebes

Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise und Löhne — Land- und Forstwirtschaft — Energiewirtschaft — Industrieproduktion — Umsätze und Verbrauch — Arbeitslage — Verkehr und Fremdenverkehr — Außenhandel

Statistische Übersichten: Österreichische und internationale Wirtschaftszahlen

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Wichtige wirtschaftspolitische Gesetze — Verbreiterung der Konjunkturbelebung — Geringere Zahlungsbilanzüberschüsse als im Vorjahre — Eindämmung des Preis-Lohnauftriebes

Wie in den vergangenen Jahren arbeitete auch heuer die Wirtschaftspolitik vor den Parlamentsferien mit Hochdruck. Die Wirtschaftslenkungsgesetze, die am 30. Juni abgelaufen wären, wurden mit zwei Ausnahmen und geringfügigen Änderungen verlängert, der Wohnungsbau und der Kapitalmarkt durch verschiedene Maßnahmen gefördert und die Renten des Bundes und der Sozialversicherungsinstitute erhöht. Die neuen Gesetze sind das Ergebnis langer Verhandlungen zwischen den Koalitionsparteien und Interessengruppen. Sie knüpfen an die amtliche Bewirtschaftung und Preisregelung der Kriegs- und Nachkriegszeit an und zielen insbesondere auf eine Regelung des Marktes für landwirtschaftliche Produkte, sie verstärken den öffentlichen Einfluß in der Wohnungswirtschaft, versuchen aber gleichzeitig die Marktwirtschaft funktionsfähiger zu machen, indem sie den Kapitalmarkt fördern und die private Kapitalbeschaffung erleichtern.

Auf dem Gebiete der Wohnungswirtschaft drängte die Wohnungsnot in den Städten zu grundsätzlichen Entscheidungen. Vor die Frage gestellt, ob der städtische Wohnungsbau — ähnlich wie in anderen westeuropäischen Staaten — durch Erhöhung der Mieten und Heranziehung von privatem Kapital mehr und mehr der privaten Initiative überlassen oder bei niedrig gehaltenen Mieten weiterhin überwiegend aus Steuermitteln finanziert werden soll, ent-

schied sich die Wirtschaftspolitik zugunsten der zweiten Lösung. Die amtliche Preisregelung für sogenannte Goldzinswohnungen — rund 700.000 in ganz Österreich — wurde gesetzlich verankert und den öffentlichen Wohnbaufonds wurden zusätzliche Mittel zugeführt. Die Beiträge zum Bundeswohn- und Siedlungsfonds (bisher 160 Mill. S) wurden annähernd verdoppelt, der Wohnungswiederaufbaufonds nahm eine Anleihe von 800 Mill. S auf und erweiterte die Vorfinanzierung von 200 Mill. S auf 400 Mill. S pro Jahr. Außerdem fließt ab 1955 die Hälfte der bisherigen Besatzungskostenbeiträge vom Einkommen den Ländern und Gemeinden für Wohnbauzwecke zu. Dank diesen Maßnahmen werden bis Ende 1956 rund 5 Mrd. S staatliche Mittel zur Verfügung stehen. Man hofft damit, den Wohnungsbau in den Städten beschleunigen und das Wohnungsdefizit, das gegenwärtig auf rund 140.000 Wohnungen geschätzt werden kann, fühlbar vermindern zu können.

Während die Wohnbaugesetze die Investitionstätigkeit unmittelbar beleben, schaffen die sogenannten Kapitalmarktgesetze nur bestimmte administrative und institutionelle Voraussetzungen für die Beschaffung von langfristigem Kapital durch private Unternehmungen. Das Schillingeröffnungsbilanz-Gesetz und das Vermögenssteuergesetz ermöglichen den Unternehmungen, ihr Vermögen ohne zusätzliche steuerliche Belastung neu zu bewerten. Die Klärung

der Besitzverhältnisse an Girosammelstücken und die Entschädigung der Aktionäre verstaatlichter Unternehmungen sollen das Vertrauen der Sparer zum Wertpapiermarkt stärken. Außerdem wird beabsichtigt, die Bilanzen der Kreditinstitute und der Versicherungsunternehmungen, die ihre Kriegsverluste nur teilweise aus eigener Kraft decken können, mit staatlicher Hilfe zu rekonstruieren. Diese gesetzlichen Maßnahmen sollen den Aufbau eines leistungsfähigen Kapitalmarktes erleichtern, auf dem nicht nur die öffentliche Hand, sondern auch private Unternehmungen ihren Bedarf an langfristigen Leihkapital decken können.

Die neuen Gesetze werden den Staatshaushalt fühlbar belasten. Der Bund verzichtet auf die Besatzungskostenbeiträge vom Einkommen und auf einen Teil der Vermögenssteuer, muß aber gleichzeitig die Aktionäre der verstaatlichten Unternehmungen entschädigen, seinen Rentnern höhere Bezüge zahlen, den Zuschuß zur Sozialversicherung erhöhen und die Rekonstruktion der Kreditinstitute und Versicherungen unterstützen. Die Nettobelastung des Bundes läßt sich gegenwärtig noch nicht genau feststellen. Einschließlich der Mehrausgaben für die zweite Etappe des Nachziehverfahrens der Beamtengehälter dürfte es sich jedoch mindestens um 2 Mrd. S pro Jahr handeln. Eine zusätzliche Belastung in dieser Größenordnung kann der Bund, ohne die Steuern zu erhöhen oder das Budgetgleichgewicht zu gefährden, nur tragen, wenn die Leistungsfähigkeit der Gesamtwirtschaft und damit auch ihre Steuerkraft wächst. Die Voraussetzungen hierfür scheinen angesichts der starken konjunkturellen Auftriebskräfte, die gegenwärtig die österreichische Wirtschaft beherrschen, nicht ungünstig.

Dank der anhaltenden Konjunkturbelebung wurde der *Arbeitsmarkt* auch im Juni stärker als saisonmäßig entlastet. Die Zahl der *Beschäftigten* stieg um 23.800 (im Vorjahre um 15.200), und war mit 2.008.200 um 54.000 höher als im Juni 1953. Das hohe Beschäftigungsvolumen ist hauptsächlich der gewerblichen Wirtschaft zu danken, die schon seit Mai mehr Menschen Arbeit gibt als im Konjunkturjahr 1951. Dagegen beschäftigt die Landwirtschaft infolge der fortschreitenden Mechanisierung weniger Arbeitskräfte als im Vorjahre. Gleichzeitig mit der Zunahme der Beschäftigung — aber etwas schwächer — ging die *Arbeitslosigkeit* zurück. Die Zahl der *vorgemerkten Stellensuchenden* sank im Juni um 21.900 (im Vorjahre um 13.600) und war mit 120.600 um 22.600 niedriger als im Juni 1953. Sie dürfte, wenn die günstige Entwicklung anhält, im Frühherbst auf annähernd 100.000 sinken.

Die ursprünglich auf einige wenige konjunkturbegünstigte Berufe, wie Bauarbeiter, Metallarbeiter und Holzarbeiter, beschränkte Belegung auf dem Arbeitsmärkte hat in den letzten Monaten auch auf andere Berufe übergegriffen. Selbst die wenigen Berufszweige, in denen es gegenwärtig noch mehr Arbeitslose gibt als im Vorjahre, haben stark aufgeholt. Arbeitsuchende Textilarbeiter und Gaststättenarbeiter z. B. gab es Ende April noch um 1.379 und 1.351, Ende Juni aber nur noch um 269 und 394 mehr als in den gleichen Vorjahresmonaten. Die starke Belegung des Arbeitsmarktes auf ziemlich breiter Front kann nur teilweise mit der Überkonjunktur im Baugewerbe erklärt werden, die viele berufsfremde Arbeitskräfte, hauptsächlich aus der Landwirtschaft, anlockt. (Die auf Verlangen der Gewerkschaft verfügte Zuzugssperre ist angesichts der starken Nachfrage nach Bauarbeitern vielfach illusorisch geworden.) Zum andern beginnt, wie die Entwicklung der Industrieproduktion zeigt, die bisher auf exportorientierte Zweige und auf die Bauwirtschaft beschränkte Expansion allmählich auch auf bisher stagnierende Zweige auszustrahlen.

Trotz der kräftigen Entlastung des Arbeitsmarktes in den letzten Monaten war die *Rate der Arbeitslosigkeit* Ende Juni mit 5,7% noch bedeutend höher als Ende Juni 1951 (3,9%). Sie ist, verglichen mit der in anderen westeuropäischen Staaten, noch immer sehr hoch. (In der Schweiz, in England und in den skandinavischen Staaten liegt sie unter 2%.) Das Phänomen der Arbeitslosigkeit in Österreich erfordert berufsweise und regional eine eingehende Untersuchung. Viele vorgemerkte Stellensuchende sind aus persönlichen oder objektiven Gründen nicht voll einsetzbar oder können nur zu steigenden Lohnkosten beschäftigt werden. In der Bauwirtschaft und im Baunebengewerbe besteht bereits — vor allem in den westlichen Bundesländern — ein fühlbarer Mangel an Facharbeitern, der zu Überstunden und zur Heranziehung minderqualifizierter Arbeitskräfte zwingt und das Bauen stark verteuert. (Die Entwicklung der Baukosten in den letzten Wochen legt nicht nur aus gesamtwirtschaftlichen, sondern auch aus rein kommerziellen Erwägungen nahe zu überlegen, ob es nicht verschiedene Bauvorhaben gibt, die im Winter, trotz allen Nachteilen und zusätzlichen Belastungen, billiger durchgeführt werden können als in den Sommermonaten.) In den meisten anderen Berufen ist das Angebot an Arbeitskräften vermutlich noch elastisch. Aber auch hier dürfte der Spielraum infolge qualitativer und regionaler Unterschiede im Arbeitskräfteangebot vielfach geringer sein, als die Globalzahlen der Arbeitslosenstatistik vermuten lassen. Wie

groß dieser Spielraum tatsächlich ist und wie die Gewichte zwischen konjunktur- und strukturpolitischen Maßnahmen verteilt werden müßten, damit ein optimaler Beschäftigtenstand ohne inflatorische Begleiterscheinungen erreicht werden kann, ließe sich nur mit Hilfe einer fundierten Analyse des Arbeitsmarktes feststellen, die neben quantitativen Merkmalen der verfügbaren Arbeitskräfte auch qualitative gebührend berücksichtigt.

Die *Industrieproduktion* stieg im April um 5,5% (je Arbeitstag sogar um 10,2%) und überschritt mit 193,9 (1937 = 100) den bisher höchsten Stand seit Bestehen der Republik von 1900 (November 1953). Außer der Baustoffindustrie und den Metallhütten, die im April auf volle Touren kamen, konnten die Fahrzeugindustrie, die Magnesitindustrie, die Elektroindustrie und die Schuhindustrie ihre Erzeugung zum Teil kräftig ausweiten. Wiewohl sich die Industrieproduktion auch im Frühjahr 1953 übersaisonnäßig belebt hatte, wuchs der Vorsprung gegenüber dem Vorjahre von 1,2%, 9,1% und 14,7% in den Monaten Jänner, Februar und März auf 15,3% im April. Die anhaltend kräftige Expansion ist um so bemerkenswerter, als einige Zweige ihre Kapazitäten bereits voll ausnützen. Sie war nur möglich, weil die Konjunkturbelebung — vorerst allerdings noch zögernd — auch auf Zweige mit elastischem Angebot übergegriffen hat. Im April d. J. lagen die Papierindustrie, die Eisenhütten und die Elektroindustrie mit einer Mehrleistung von über 30% gegenüber dem Vorjahre an der Spitze. Aber auch die Baustoffindustrie, die Metallhütten, die Gießereien und selbst die bisher nur schwach beschäftigte Maschinen- und Fahrzeugindustrie erzeugten im April bereits um 10 bis 20% mehr als im Jahre 1953. Im März produzierten noch 4 Industriezweige weniger als im Vorjahr, im April nur noch die Tabakindustrie.

Nach den Ergebnissen des Konjunkturtestes des Institutes entwickelten sich die Investitionsgüterindustrien und die Konsumgüterindustrien auch im Mai und Juni günstig. Die Eisen- und Metallwarenindustrie empfängt von der lebhaften Bautätigkeit kräftige Impulse, die fortschreitende Elektrifizierung belebt die Nachfrage nach Elektromaschinen und Installationsmaterial. Die heimische Fahrzeugindustrie konnte sich dank Preissenkungen bemerkenswert gut gegenüber der ausländischen Konkurrenz behaupten und produziert mehr als je zuvor. Am schwächsten sind die Auftriebskräfte in der Maschinenindustrie, wenn man von der Sonderkonjunktur für einige landwirtschaftliche Maschinen, Pumpen und Holzbearbeitungsmaschinen absieht. Die günstige Ertragslage vieler Zweige und die steuerliche Bewertungsfreiheit

für Neuinvestitionen lassen jedoch auch hier ab Mitte 1954 eine fortschreitende Belebung erwarten. Von den Konsumgüterindustrien expandieren nach wie vor die Elektroindustrie (mit Ausnahme von Radioapparaten und Glühlampen), die chemische Industrie und die Holzverarbeitende Industrie am stärksten. Aber auch in der Bekleidungsindustrie scheinen konjunkturelle Auftriebskräfte den saisonüblichen Rückschlag abzuschwächen. In der Schuhindustrie gingen bereits im Juni größere Aufträge für die Herbstsaison ein.

Ein weniger günstiges Bild bieten die *Umsätze im Einzelhandel*. Sie gingen im Mai um 10% zurück, gegen nur je 1% in den Jahren 1952 und 1953. Der Vorsprung gegenüber dem Vorjahre ist dadurch merklich kleiner geworden. Er betrug wertmäßig nur noch 10% und mengenmäßig 6%, gegen 20% und 14% im April. Das enttäuschende Umsatzergebnis hat hauptsächlich zwei Gründe: das kühle und regnerische Wetter und den späten Termin der Pfingstfeiertage (6./7. Juni gegen 24./25. Mai im Vorjahre). Die ungünstige Witterung dämpfte vor allem das Interesse für Bekleidungsgegenstände. Schuhe wurden um 14% und 3% weniger gekauft als im April und Mai 1953. Die Umsätze von Textilien nahmen zwar um 1% zu (in den Jahren 1951 und 1952 waren sie um 10% und 9% zurückgegangen), doch hatte sich der Handel nach dem wenig befriedigenden Geschäftsgang im Frühjahr eine lebhaftere Nachfrage, vor allem nach Konfektionswaren, Wäsche sowie Strick- und Wirkwaren erhofft. Das späte Pfingstfest erklärt den übersaisonnmäßigen Rückgang der Nachfrage nach Lebensmitteln (— 12%) und nach „sonstigen“ Waren (— 12%). Besonders schlecht gehen seit längerem Tabakwaren. Die zu Jahresbeginn aus budgetären Erwägungen verfügte Preiserhöhung (im gewogenen Durchschnitt um 14%) hat die Verbraucher fühlbar belastet, dem Staat jedoch nicht die erwarteten Mehreinnahmen gebracht. Die Mengenumsätze waren im Durchschnitt der ersten fünf Monate 1954 um 11% niedriger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Nach bisher vorliegenden Ergebnissen dürfte der Umsatzausfall vom Mai im Juni aufgeholt worden sein. Das schöne und warme Wetter bewog viele Konsumenten, die im Mai aufgeschobenen Käufe nachzuholen. Die Ausgaben für Nahrungsmittel haben infolge der Feiertage wieder zugenommen. Da außerdem die Lohnerhöhungen und die Zunahme der Beschäftigung die Massenkaufkraft stärken, dürften die Umsätze, die gewöhnlich im Juni stärker zurückgehen, annähernd den Stand vom Mai erreicht haben.

Weiterhin günstig entwickeln sich die Außenhandelsumsätze. Die *Ausfuhr* konnte sich im Mai auf hohem Niveau behaupten. Der Ausfuhrwert war mit 1.330 Mill. S nur um 12 Mill. S und 5 Mill. S niedriger als im März und April, wiewohl der Mai um 3 und 1 Arbeitstage weniger hatte als die beiden Vormonate. Das Ausfuhrvolumen war mit 182% von 1937 um mehr als ein Drittel höher als im Vorjahre. Die gute Konjunktur Westeuropas begünstigt besonders die Ausfuhr von Rohstoffen. Im Mai wurden für 430 Mill. S Rohstoffe exportiert, um 86 Mill. S mehr als in den Monaten März und April; ihr Anteil an der Gesamtausfuhr war mit 32,3% höher als während der Rohstoffhaussse im Jahre 1951. Der Holzexport erreichte mit über 200.000 t und über 300 Mill. S mengen- und wertmäßig neue Höhepunkte. Auch die internationalen Märkte für Eisen und Stahl haben die Schwäche vom Jahre 1953 überwunden und bieten der stark exportorientierten Eisenindustrie wieder lohnende Absatzchancen. Dagegen ist die Ausfuhr von Fertigwaren seit März leicht rückläufig. Die Einstellung der Exportbewilligungen für Vieh und Fleisch hat sich im Mai noch nicht ausgewirkt: die Ausfuhr ging nur um 5 Mill. S zurück, sie war mit 3.470 t oder 37,3 Mill. S noch immer um ein Vielfaches höher als im Mai 1953.

Die *Gesamteinfuhr* ist im Mai — hauptsächlich dank höheren ERP-Lieferungen — sprunghaft um 15% auf 1.366 Mill. S gestiegen. Das Einfuhrvolumen war mit 110% von 1937 das höchste seit Juni 1952. Außer Mais, Fleisch, Eiern und Kupfer wurden vor allem Fertigwaren in größeren Mengen eingeführt als im April. Wiewohl das Ergebnis eines Monats keine weitreichenden Schlüsse erlaubt — in den letzten Monaten hat die Einfuhr wiederholt um 10 bis 20% in beiden Richtungen geschwankt —, scheint doch auf längere Sicht der Einfuhrbedarf der österreichischen Wirtschaft wieder zu wachsen. Dafür sprechen die rasche Ausweitung von Produktion und Beschäftigung, die leicht steigende Tendenz der inländischen Preise und Kosten sowie die großzügigere Handhabung der Devisenvorschriften, die auch die Nachfrage nach nicht liberalisierten Waren voll zum Zuge kommen läßt, sofern gegen ihre Einfuhr keine handelspolitischen Bedenken bestehen. Selbst wenn sich die 75%ige Liberalisierung nicht nennenswert auswirken sollte, dürfte daher die Einfuhr — von monatlichen Schwankungen abgesehen — im Sommer weniger als saisonüblich zurückgehen und im Herbst wieder kräftig anziehen.

Die *Handelsbilanz* war im Mai erstmals seit Jänner mit 36 Mill. S wieder passiv. Das Defizit beschränkte sich jedoch auf den Dollarraum und wurde

durch andere Deviseneinkünfte mehr als wettgemacht. 82 Mill. S Importe wurden durch ausländische Hilfe finanziert, weitere 95 Mill. S gingen aus dem Fremdenverkehr ein, um 42% mehr als im Mai 1953. Da außerdem aus sonstigen „unsichtbaren“ Transaktionen Devisen anfielen, konnte die Nationalbank ihre *valutarischen Bestände* (Gold und Devisen) im Mai um 392 Mill. S und im Juni um weitere 363 Mill. S erhöhen. Sie erreichten Ende Juni 9.191 Mill. S. Der Devisenzustrom beginnt jedoch — wenn man von den saisonbedingten Mehreinnahmen aus dem Fremdenverkehr absieht — schwächer zu werden. Die Zunahme der Gold- und Devisenbestände der Notenbank war in den ersten 4 Monaten 1954 stets bedeutend größer als in den gleichen Monaten 1953; im Mai und Juni aber um 124 Mill. S und 130 Mill. S geringer. Auch die Devisenüberschüsse in der EZU erreichten in beiden Monaten mit 3,3 Mill. \$ und 9,7 Mill. \$ nicht den Vorjahresstand (3,7 Mill. \$ und 15,2 Mill. \$). Die bereits erwähnte Tendenz steigender Importe und die Liberalisierung des Zahlungsverkehrs wird den Devisenzustrom weiter abschwächen. Die neue Rallonge von 70 Mill. \$, die Österreich anlässlich der Verlängerung der EZU Mitte 1954 eingeräumt wurde (siehe Abschnitt Währung), dürfte daher, zumindest bis Jahresende, ausreichen.

Das *Geldvolumen* stieg im Mai um 230 Mill. S; es war mit 24,8 Mrd. S um 7% höher als zu Jahresbeginn. Die Vermehrung der Geldmenge ging ausschließlich auf Devisenkäufe der Notenbank zurück. Die kommerziellen Kredite wurden nur um 136 Mill. S ausgeweitet, etwa im gleichen Umfange, als flüssige Mittel auf Sparkonten eingelegt wurden (135 Mill. S). Der Zuwachs auf Scheckkonten in Höhe von 228 Mill. S wurde von den Kreditinstituten großteils als Liquiditätsreserve bei der Notenbank angelegt. Im Juni kam es allerdings vorübergehend zu einer leichten Anspannung des Geldmarktes, da der wachsende Reiseverkehr und die Lohnbewegung den Bargeldbedarf der Wirtschaft erhöhten — der Notenumlauf stieg um 326 Mill. S — und 100 Mill. S Liquiditätsstützungs-Schatzscheine getilgt wurden. Die Kreditinstitute zogen 43 Mill. S von ihren Giro Guthaben bei der Notenbank ab und legten zu Ultimo 9 Mill. S Handelswechsel zum Rediskont vor. Die weitere Entwicklung der Liquidität der Kreditinstitute wird nicht zuletzt davon abhängen, wie rasch die an öffentliche Körperschaften gewährten Anleihen ausgegeben werden. Nach den verschiedenen Anleihen der Girozentrale in Höhe von 1,1 Mrd. S haben in jüngster Zeit die Banken die Übernahme einer Wohnbauanleihe von 800 Mill. S zugesichert. Außerdem gewährte die Postsparkassa der Postverwaltung einen längerfristigen

Kredit von 200 Mill. S. Diese Anleihen wirken jedoch zunächst nicht in vollem Umfang expansiv, da viele öffentliche Körperschaften über relativ hohe laufende Einnahmen verfügen und selbst Anleiheerlöse, die ihnen auf Scheckkonten gutgeschrieben werden, vorläufig nicht oder nur teilweise ausgeben.

Die Preise haben auch im Juni — abgesehen von saisonbedingten Verbilligungen von Gemüse — leicht angezogen. Die Verteuerungen werden teils mit dem Steigen einiger Weltmarktpreise, teils mit Lohnerhöhungen begründet. Auch Fleisch wurde im Juni teurer, da wegen der niedrigen Aufzucht im Vorjahre und der guten Futtermittelernte weniger Vieh auf den Markt kam. Die Exportsperrung und die Einfuhr von Schlachtvieh und Fleisch haben sich bisher noch nicht ausgewirkt. Die Indizes der Großhandels- und Kleinhandelspreise stiegen von Mitte Mai bis Mitte Juni um 0,8% und 1,3%. Dagegen ging der Index der Lebenshaltungskosten um 0,4% auf 676,5 (1938 = 100) zurück: Die Verteuerungen einiger Waren (z. B. Fleisch, Kakao, Speiseöl, Marmelade) wurden durch saisonbedingte Verbilligungen von Gemüse und Eiern überkompensiert. Im ganzen lag das Preisniveau nach dem Rückgang der überhöhten Gemüsepreise um rund 4% (der Lebenshaltungskostenindex um 4,4%, der Kleinhandelspreisindex um 3,8%) über dem Stand vom Juni 1953. Bei einem Vergleich der Preise von 1953 und 1954 ist zu berücksichtigen, daß im Vorjahre die Preise einiger landwirtschaftlicher Produkte, wie Fleisch und Speckfisch, besonders tief gesunken waren. Die Preiserhöhungen seither müssen daher auch in diesem Lichte gesehen werden. Vergleicht man den gegenwärtigen Stand des Lebenshaltungskostenindex mit dem vom Juni 1952, dann liegt er um 4,9% niedriger. Unter den gegebenen Voraussetzungen scheint es nicht zu schwierig, die Preise auf dem derzeitigen Niveau zu stabilisieren: die von der Kursanpassung ausgehenden Auftriebskräfte sind großteils erschöpft, die Weltmarktpreise gehen seit dem I. Quartal 1954 wieder leicht zurück und die Hausse der Fleischpreise dürfte dank einigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen bald abklingen. Schließlich übt auch die Liberalisierung, selbst wenn sie unmittelbar keine fühlbaren Auswirkungen hat, einen gewissen Druck auf die Preise aus.

Die Lohnbewegung ist noch immer im Flusse. Im Juni erhielten die Chemiarbeiter, die Pflasterer und die Maler und Anstreicher Lohnerhöhungen zwischen 8 und 11%. Neue Lohnforderungen wurden u. a. von den Textilarbeitern und den Expeditionsarbeitern in Zeitungsverlagen gestellt. Die Arbeiter in Brotfabriken, die an automatischen Öfen arbeiten, fordern eine Herabsetzung der Arbeitszeit von 7 auf 6 Stunden bei gleichbleibendem Lohn. Soweit nicht bereits entsprechende Bestimmungen in den Kollektivverträgen aufgenommen wurden, versuchen die Arbeitnehmer vielfach auf betrieblicher Ebene durchzusetzen, daß die effektiv gezahlten Löhne ebenso stark erhöht werden, wie die kollektivvertraglichen Mindestsätze. Der Index der Netto-Tariflöhne (ohne Kinderzulagen) blieb im Juni, da er die zuletzt aufgebesserten Lohngruppen nicht erfaßt, mit 637,8 (April 1945 = 100) unverändert; er lag um 6,8% höher — davon 2,6% dank Ermäßigung der Lohnsteuer — als zur gleichen Zeit des Jahres 1952 und 1953.

Die von den Gewerkschaften zu Jahresbeginn gestartete Lohnbewegung zielte darauf ab, den Arbeitnehmern einen angemessenen Anteil am Produktivitätsfortschritt zu sichern und gleichzeitig die Massenkaufkraft zu stärken, damit die höhere Produktion aufnahmefähige Absatzmärkte findet. Dieses lohn- und konjunkturpolitische Ziel kann nur erreicht werden, wenn die Gewerkschaften schrittweise — unter Beachtung auf die jeweilige wirtschaftliche Konstellation — vorgehen. Lohnerhöhungen größeren Ausmaßes würden angesichts der ohnehin starken Auftriebskräfte und der höchst unvollkommenen Konkurrenz unmittelbar auf die Preise überwältigt werden und eine Haussestimung schaffen, die für die Stabilität der Währung verhängnisvoll werden könnte. Der Spielraum, den die aktive Zahlungsbilanz für eine Expansion der Binnenwirtschaft läßt, ist — vor allem wenn man den früher oder später zu erwartenden Ausfall einmaliger Deviseneinkünfte (z. B. aus der Auslandshilfe und der Refundierung der Besatzungskosten) berücksichtigt — nicht so groß, daß sich die österreichische Wirtschaft gleichzeitig eine Ausweitung von Produktion und Beschäftigung und eine stärkere Erhöhung des Preis- und Kostenniveaus leisten könnte.

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu Statistische Übersichten 1.1 bis 1.7

Der Beginn des Sommerreiseverkehrs ließ den Gold- und Devisenbestand der Notenbank im Juni um 449 Mill. S steigen, um 57 Mill. S stärker als im Mai. Die Zunahme war allerdings geringer als im Juni 1953 (579 Mill. S), da die Liberalisierung des Handels- und Zahlungsverkehrs und der Rückgang der Auslandshilfe die Nachfrage nach Devisen, vor allem aus OEEC-Ländern, erhöhet. Der Überschuß gegenüber der EZU betrug nur 9'7 Mill. \$ gegen 15'2 Mill. \$ im Juni 1953. Ende Juni 1954 wies die Notenbank einen Gold- und Devisenbestand von 9.191 Mill. S aus, der 63% des Gesamtumlaufes deckte.

Die anläßlich der Verlängerung der EZU getroffenen Vereinbarungen zwischen Gläubiger- und Schuldnerlandern werden nur die Struktur, nicht aber die Hohedevisenreserven beeinflussen. Der Kumulativsaldo Österreichs in der EZU hatte Ende Juni 1954 131'6 Mill. \$ betragen: 58'8 Mill. \$ hatte Österreich in Gold oder effektiven Dollar erhalten und 72'8 Mill. \$ in Form von Krediten an die EZU gewährt. Auf Grund der neuen Vereinbarungen zahlt die EZU aus ihren Beständen 6 Mill. \$ an Österreich zurück, weitere 33 Mill. \$ Kredite werden in bilaterale Forderungen gegenüber England, Frankreich, Italien und Dänemark umgewandelt. Davon werden 8'5 Mill. \$ sofort und der Rest in fünf bis sieben Jahren getilgt. Der Hauptschuldner Österreichs ist Großbritannien mit einer bilateralen Schuld von 17 Mill. \$, deren Raten teilweise gegen die sterreichischen Zahlungen aus den Nachkriegsschulden an Großbritannien aufgerechnet werden. Aus den verbleibenden Forderungen Österreichs an die EZU und an einzelne OEEC-Länder in Hohedevisen von 58'3 Mill. \$ wurde unter der Annahme eines bisherigen Abrechnungsmodus von 50% Gold und 50% Kredit ein neuer Kumulativsaldo Österreichs von 116'6 Mill. \$ errechnet. Gleichzeitig wurde eine neue Rallonge von 70 Mill. \$ festgesetzt, so daß Österreich künftig noch Überschüsse bis zur Hohedevisen von 186'6 Mill. \$ über die EZU abrechnen kann¹⁾.

Ein Teil (7'5 Mill. \$) der erhaltenen Gold- bzw. Dollarzahlungen dürfte von der Notenbank in Kürze an den Bund gegen Schatzscheine abgegeben werden, damit er seinen Verpflichtungen gegenüber dem Internationalen Währungsfonds nachkommen kann.

¹⁾ Dieser Kreditrahmen besteht aus der um 20% erhöheten Grundquote von 84 Mill. \$, einer sogenannten technischen Rallonge von 32'6 Mill. \$ und einer neuen Rallonge von 70 Mill. \$. Der Kreditrahmen und die technische Rallonge ändern sich automatisch in dem Maße, als Österreich Barzahlungen von den Schuldnerlandern erhält.

Österreich hat bisher 10% seiner Quote beim Internationalen Währungsfonds in Hohedevisen von 50 Mill. \$ in Gold und 90% in Schilling erlegt, ist jedoch auf Grund seiner hohen Deviseneingange verpflichtet, den Goldanteil auf 25% seiner Quote zu erhöhen. Außerdem wird der Bund der Nationalbank einen Schatzschein von 156 Mill. S für die bereits bisher von der Nationalbank an den Währungsfonds und an die Weltbank geleisteten Goldzahlungen übergeben. Diese Transaktionen bleiben ebenso wie die durch Schatzscheine finanzierten Schillingerlage so lange monetär unwirksam, als diese internationalen Institutionen nicht über die sterreichische Quote verfügen.

Das gesamte Geldvolumen nahm im Mai – hauptsächlich infolge der Devisenkaufe der Notenbank – um 230 Mill. S zu und lag mit 24.801 Mill. S um 7% höher als zu Jahresbeginn. Die Scheckumlagen stiegen um 228 Mill. S, der Umlauf an Noten und Münzen um 30 Mill. S. Nur die Giroguthaben öffentlicher Stellen gingen um 28 Mill. S zurück. Der Beginn der Fremdenverkehrssaison ließ im Juni den Notenumlauf stärker (um 326 Mill. S) steigen. Außerdem scheinen die Zunahme der Masseneinkommen und die Belebung der wirtschaftlichen Aktivität auf längere Sicht den Bedarf an Bargeld zu erhöhen (im I. Halbjahr 1954 stieg der Notenumlauf um 5% gegen nur 1% im I. Halbjahr 1953). Der stärkere Abfluß von Bargeld aus dem Bankensystem und die Tilgung von 100 Mill. S Liquiditatsstutzungs-Schatzscheinen hat den Geldmarkt leicht angespannt. Während die Kreditinstitute im Mai 298 Mill. S auf freien Girokonten bei der Notenbank einlegten, mußten sie im Juni 43 Mill. S Notenbankgeld abziehen. Außerdem legten sie zu Ultimo erstmals seit Jahresbeginn 9 Mill. S Handelswechsel zum Rediskont vor. Das läßt darauf schließen, daß die Bankrate nach ihrer Ermäßigung zumindest vorübergehend niedriger war als der Satz für Taggeld im Verkehr zwischen den Banken.

Das kommerzielle Kreditvolumen ist im Mai saisonbedingt nur um 136 Mill. S gestiegen. Die Kreditausweitung in den ersten 5 Monaten 1954 war mit 1.210 Mill. S nur um 84 Mill. S höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres und nach Ausschaltung der Zwischenbankkredite sogar etwas niedriger. Die detaillierte Kreditstatistik für das I. Quartal 1954 zeigt deutlich, daß sich die Kreditstruktur zugunsten längerfristiger Kredite verschiebt. Banken, Hypothekenanstalten und Kreditgenossenschaften gewährten im I. Quartal 1954 163 Mill. S Kredite mit einer Laufzeit von über 5 Jahren gegen nur 44 Mill. S im I. Quartal 1953. Für die Sparkassen, die vermutlich ihr länger-

fristiges Kreditgeschäft am stärksten ausgeweitet haben, liegen keine vergleichbaren Zahlen vor. Die Kreditstatistik spiegelt jedoch die Änderung in der Veranlagungspolitik der Kreditinstitute nur teilweise wider, da die von den Kreditinstituten gezeichneten Anleihen öffentlicher Körperschaften nicht als Kredit, sondern als Wertpapierkäufe ausgewiesen werden. Nach den verschiedenen Anleihen in Höhe von 1 Mrd. S, die im I. Quartal 1954 von der Girozentrale vergeben wurden, hat nunmehr die Postsparkasse der Postverwaltung eine Anleihe von 200 Mill. S gewährt. Außerdem werden die Banken eine Wohnbauanleihe in Höhe von 800 Mill. S zeichnen; davon sollen 400 Mill. S noch in diesem Herbst flüssig gemacht werden. Diese Anleihen in Höhe von 2 Mrd. S werden in dem Maße, als sie beansprucht werden, das Geldvolumen erhöhen und die Liquidität der Kreditinstitute verringern. Ihr expansiver Effekt wird allerdings dadurch abgeschwächt, daß viele öffentliche Körperschaften über unerwartet hohe laufende Einnahmen verfügen und daher selbst Anleiheerlöse, die ihnen bereits auf Scheckkonten gutgeschrieben wurden, zunächst nicht oder nur teilweise ausgeben.

Einen beachtlichen restriktiven Faktor bilden weiterhin die Neuzugänge auf Sparkonten. Im Mai stiegen die *Spareinlagen* um 135 Mill. S, um 87% stärker als im Mai 1953. Auch das berichtigte Aprilergebnis — die ursprünglich gemeldete Zahl wurde nachträglich um 121 Mill. S erhöht — überschritt bedeutend den Vorjahresstand. Besonders stark nehmen seit Anfang 1954 die Spareinlagen bei den Raiffeisenkassen zu, die hauptsächlich landwirtschaftliche Gelder verwalten. Ihr Anteil am gesamten Spareinlagenzuwachs betrug in den ersten 5 Monaten 21% gegen nur 14% im gleichen Zeitraum 1953. Daß das Kontensparen der landwirtschaftlichen Bevölkerung rasch zunimmt, mag teilweise der intensiven Werbung der Raiffeisenkassen zu verdanken sein. Außerdem scheinen die gute Ernte und das Anziehen der Fleischpreise die Einkommen der Landwirtschaft erhöht zu haben, während sie mit Investitionen eher zurückhält.

Die ab 1. Juli 1954 wirksame Senkung der Zinsen für Spareinlagen um $\frac{1}{2}\%$ dürfte das Kontensparen nur wenig beeinträchtigen. Die meisten Sparer haben kurzfristige Sparziele im Auge und messen dem Ertrag ihrer Anlagen nur geringe Bedeutung zu. Eine Verlagerung vom Kontensparen zum Wertpapersparen ist schon deshalb nur innerhalb enger Grenzen möglich, weil das Angebot festverzinslicher Werte weiterhin sehr knapp ist. Wiewohl die Kreditinstitute im Mai dank der Belebung der Bausaison mehr Hypothekarkredite vergeben konnten und 43

Mill. S Pfandbriefe und Kommunalobligationen emittierten — mehr als in irgend einem Monat seit Kriegsende — konnte die Nachfrage nicht voll befriedigt werden. Gleichzeitig mit der Senkung der Bankrate und der Soll- und Habenzinsen der Kreditinstitute sind daher auch die Zinssätze auf dem Kapitalmarkt weiter zurückgegangen. 7%ige Pfandbriefe sind kaum noch erhältlich und notieren bereits über pari; selbst die Kurse 4%iger Pfandbriefe haben angezogen.

Auf dem *Aktienmarkt* überwogen im Juni bei unveränderten Umsätzen Kurserhöhungen. Aktien verstaatlichter Unternehmungen notierten Mitte Juni durchschnittlich um 8% höher als Mitte Mai. Kursverbesserungen erzielten vor allem jene Aktien verstaatlichter Betriebe, die nach dem Entschädigungsgesetz in Obligationen umgewandelt werden. Die Kurse einzelner Aktien überstiegen Ende Mai vorübergehend sogar die vorgesehenen Entschädigungsquoten, da man auf eine günstigere Regelung hoffte. Auch die Aktienkurse privater Unternehmungen konnten vielfach Kursverbesserungen erzielen. Dank der bevorstehenden Wertpapierbereinigung haben sich die Kurse für Girosammelstücke in den letzten Monaten mehr und mehr den Kursen für effektive Stücke genähert und in einzelnen Fällen — z. B. bei den Aktien einiger verstaatlichter Unternehmungen — sogar erreicht.

Preise und Löhne

Dazu Statistische Übersichten 2.1 bis 2.8

Die steigende Tendenz der Preise und Löhne hielt zum Teil auch im Juni an. Viele der seit Monaten wirksamen Auftriebskräfte sind jedoch im Abklingen: Die Preishausse auf den Weltmärkten ist schwächer geworden, im Inland wurden verschiedene preisstabilisierende Maßnahmen getroffen und schließlich hat die günstige Witterung beigetragen, die Teuerung (Gemüse) wieder abzubauen. Lohn-erhöhungen jedoch werden von verschiedenen Arbeitnehmergruppen weiterhin gefordert, zum Teil bereits mit Hinweis auf Preissteigerungen.

Die Preise auf den *internationalen Rohwarenmärkten* gaben zum großen Teil etwas nach. Auf den Genußmittelmärkten hat nur Kakao auch im Juni noch etwas angezogen, Kaffee wurde schon etwas billiger. Auf den Nahrungsmittelmärkten wird infolge des hohen Angebotes an amerikanischem Weizen eine Senkung der Exportpreise im Rahmen des Internationalen Weizenabkommens auf die Untergrenze (1'55 \$ pro bushel) erwogen. Um größere Preisstürze zu verhindern und das Subventionsbudget zu entlasten, wurden nunmehr in den USA weitere ein-

schneidende Anbaubeschränkungen verfügt. Auch die Preise von Schweinen, Schmalz, Zucker und Pfeffer gingen zurück.

Verschiedene Industrierohstoffe wurden auf den Weltmärkten im Juni gleichfalls etwas billiger. Die Preise von Textilrohstoffen gingen leicht zurück, ebenso die Preise der meisten NE-Metalle. Zinn allerdings tendierte wieder ziemlich fest; insbesondere die Unterzeichnung des internationalen Zinnabkommens durch die Mehrheit der Produzenten- und Konsumentenländer gab dem Zinnpreis Ende Juni einen neuen Auftrieb¹⁾. Auch die Preise für Quecksilber, Kautschuk und Schellack zogen an.

Das Preisniveau auf den internationalen Rohwarenmärkten ist gegenüber dem Höhepunkt der Frühjahrshausse im April deutlich gesunken. Dagegen ziehen die Preise auf den Stahlexportmärkten an. Auch Holz hat derzeit noch eine gute Exportkonjunktur; doch könnte das steigende Angebot aus dem Osten die Preise abschwächen.

Die *Preisentwicklung auf dem Inlandsmarkt* steht seit einigen Wochen im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion, insbesondere da sich in den letzten Monaten einige wichtige Lebens- und Genußmittel (Gemüse, Fleisch, Kaffee, Schokolade, Bier) empfindlich verteuerten. Es wurden einige wirtschaftspolitische Gegenmaßnahmen getroffen. Eine liberalere Importpolitik soll in Zukunft Verknappungen und Verteuerungen auf dem Gemüsemarkt, wie sie in diesem Frühjahr erfolgten, verhindern. Inzwischen ist das Gemüse, allerdings vorwiegend dank günstigerer Witterung, erheblich billiger geworden. Die Preise mancher Gemüsesorten sind bereits niedriger als im Vorjahre. Die Fleischpreise sollen durch höheres Angebot gedrückt werden. Seit Anfang Mai werden Schlachtviehexporte nicht mehr bewilligt. Mitte Juni wurden ferner in Wien 288.000 Dosen inländische Rindfleischkonserven, die aus dem vorjährigen Überangebot an Rindfleisch stammen, zu einem ermäßigten Preis (12 S pro 0,85 kg Nettogewicht) auf den Markt gebracht, und Ende Juni wurde abermals eine halbe Million Dosen, davon 127.000 in Wien ausgegeben. Im Juli soll schließlich das Angebot noch durch Importe von 10.000 Schweinen und 1.800 Rindern verstärkt werden. Die Vieh- und Fleischpreise sind im Juni dennoch weiter gestiegen. Da nämlich die Exportlizenzen sechs Wochen gültig sind, konnte noch bis gegen Mitte Juni Schlachtvieh ausgeführt werden. In den nächsten Monaten dürfte jedoch dank

¹⁾ Das Abkommen, welches noch der Ratifikation bedarf, sieht vor, mit Hilfe eines „buffer stock“ den Zinnpreis zwischen einem Minimum von 640 und einem Maximum von 880 £ pro t zu stabilisieren.

den Gegenmaßnahmen diese Bewegung zumindest zum Stillstand kommen.

Die Rohholzpreise waren seit der Kursvereinheitlichung im Vorjahre gestiegen. Diese Tendenz setzte sich auch im Frühjahr 1954 fort. Die zunehmende Konkurrenz auf den Exportmärkten — vor allem zufolge Lieferungen aus dem Osten — sowie die steigenden inländischen Lager an Schmittholz²⁾ lassen jedoch in Kürze einen Rückgang der Holzpreise erwarten. Mit Ausnahme der Papier- und Pappepreiserhöhung im März d. J. wurden die Preise für Finalprodukte von der Steigerung der Holzpreise nur wenig beeinflusst.

Auch die Häutepreise, die nach dem vorjährigen starken Preisauflauf seit etwa einem halben Jahr wieder nachgegeben hatten, sind im Juni leicht gestiegen: Rindhäute verteuerten sich um 5 bis 6%. Die lederverarbeitende Industrie und der Lederhandel befürchten, daß die Erhöhung der Lederzölle im Mai die Preise verschiedener importabhängiger Lederwaren steigern werde.

In den westlichen Bundesländern sind infolge von Lohnerhöhungen und starker Nachfrage die Preise für Dachziegel und Mauerziegel um etwa 5% gestiegen. Während der Bierpreis in Wien bereits Mitte Mai erhöht worden war, wurde er in anderen Bundesländern im Juni bzw. Anfang Juli (z. B. in Niederösterreich) erhöht.

Andererseits konnten bei technischen Artikeln dank Rationalisierungen und Liberalisierung die Preise gesenkt werden. So wurden inländische Radioapparate um 10% billiger. Die Preise für importierte Lastkraftwagen, Motorräder und Spielwaren sanken um 15 bis 30%. Die Elektrogeräteaktion, die formell bereits wirksam ist, hat noch mit verschiedenen Schwierigkeiten zu kämpfen. Elektrogeräte wurden zum Teil schon vor einigen Monaten verbilligt. Die im Zusammenhang mit der Aktion angekündigten neuen Ermäßigungen der Listenpreise bleiben zumeist in relativ engen Grenzen (bis 10%). Doch haben auch ausländische Firmen in eigener Regie zinslose Ratenaktionen für Elektrogeräte mit gleichzeitigen Preissenkungen in Österreich gestartet; eine namhafte Firma hat hiebei ihre Preise für Waschmaschinen um 2 bis 6%, für Elektroreiniger um 12 bis 14%, für Elektrobürsten um 9% und für Staubsauger um 15 bis 23% ermäßigt.

Der vom Statistischen Zentralamt berechnete *Index der Großhandelspreise* ist von Mitte Mai bis Mitte Juni abermals leicht (um 0,8%) gestiegen. Der Teilindex für Nahrungs- und Genußmittel erhöhte

²⁾ Siehe Monatsbericht Nr. 5, Jg. 1954, S. 152.

sich um weitere 1·1% (Rindfleisch + 5·7%, Kakao + 3·1% und Mais + 5·4%); jener für Industriestoffe stieg um 0·2% (Kautschuk + 7·5%, Wolle + 3·4%, Jute - 7·3%, Flachs - 1·9% und Baumwolle - 0·2%).

Der Großhandelspreisindex lag Mitte Juni um 1·5% über dem Vorjahresstand; der Teilindex für Nahrungs- und Genußmittel war um 1·3%, der für Industriestoffe um 1·9% höher als im Juni 1953.

Der *Kleinhandelspreisindex* des Statistischen Zentralamtes stieg im Juni um 1·3% und lag um 3·8% über dem Stand des Vorjahres.

Der vom Institut berechnete *Index der Lebenshaltungskosten* (nach einem Normalverbrauchsschema für eine Arbeiterfamilie mit zwei Kindern in Wien) ging in der Berichtsperiode um 0·4% auf 676·5 (1938 = 100) zurück. Der Preisrückgang für Spinat und Eier konnte die Verteuerung von Schweinefleisch, Rindfleisch, Speiseöl, Marmelade, Kakao, Äpfeln und Kartoffeln überkompensieren. Ohne die „Saisonartikel“ Spinat, Kartoffeln und Äpfel ist der Lebenshaltungskostenindex um 0·4% gestiegen.

Die Überhöhung des Lebenshaltungskostenindex gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitpunkt ist dank der Normalisierung der Gemüsepreise von 9% im April und 7·7% im Mai auf 4·4% im Juni zurückgegangen.

Die *reagiblen Preise* (Versteigerungen im Wiener Dorotheum) sanken im Durchschnitt um 6·5%, und zwar Silber um 3·4%, Diamanten um 5·7%, Perserteppiche um 3·3%, Pelze um 7·5% und Briefmarken um 13·7%.

Der vierteljährlich berechnete *Baukostenindex für Wien* erhöhte sich im Juni gegenüber März um 3·1%. Maßgebend war vor allem die seit 1. Mai gültige Erhöhung der Bauarbeiterlöhne, wodurch der Teilindex für Arbeit um 7·1% stieg. Die 20%ige Verteuerung von Dachpappe steigerte überdies den Teilindex für Baustoffe um 0·1%.

Der *Index der Arbeiternettolöhne in Wien* blieb zwar im Juni unverändert, doch konnten auch im Berichtsmonat einige, allerdings kleinere Arbeitnehmergruppen Lohnerhöhungen durchsetzen.

Die Stundenlöhne in der chemischen Industrie, die im Lohnindex nicht vertreten sind, wurden ab 1. Juni um 9% erhöht; davon wird ein 5%iger Lohnzuschlag laufend ausbezahlt, während die restlichen 4% in Form eines Urlaubszuschusses in Höhe von 96 Stundenlöhnen gewährt werden. Von dieser Regelung werden rund 20.000 Arbeitnehmer betroffen. Die dadurch bedingte jährliche Zunahme der Lohnsumme dürfte etwa 30 Mill. S betragen.

Gleichfalls um 9% wurden ab 31. Mai die Löhne für Pflasterer (ausgenommen im Burgenland, Tirol und Vorarlberg) gesteigert. Im Maler- und Anstreichergewerbe erhalten ab 14. Juni die Facharbeiter sowie die qualifizierten Hilfsarbeiter mit mehr als sechsjähriger Verwendungszeit

Lohnerhöhungen um 11%, die übrigen Hilfsarbeiter um 8%; auch von dieser Regelung blieben die Bundesländer Burgenland und Vorarlberg ausgenommen. Bereits ab 3. Mai wurden die Löhne in der Sägeindustrie um 7·5%, in der Stein- und keramischen Industrie um 3 bis 11% erhöht. Weitere Lohnverbesserungen konnten im Hafnergewerbe, in der Sodawassererzeugung und in der Hut-erzeugung erzielt werden.

Viele der neuen Kollektivverträge enthalten Begünstigungsklauseln, wonach jenen Arbeitnehmern, die bereits früher über den Mindestsätzen entlohnt wurden, auch nach deren Erhöhung die ursprüngliche Spanne gegenüber den kollektivvertraglichen Mindestlöhnen gewahrt bleiben muß. Dies ist insbesondere bei den Kollektivverträgen der Bau- und Holzarbeiter sowie der Handelsarbeiter der Fall. Verschiedentlich herrschen jedoch Unstimmigkeiten darüber, ob diese Spanne in ihrer absoluten oder in ihrer prozentuellen Höhe erhalten bleiben soll. In der Metallbranche, wo lediglich die Mindestlöhne erhöht worden sind, ohne daß generell entsprechende Steigerungen der Effektivlöhne vereinbart wurden, finden teilweise auf betrieblicher Ebene entsprechende Regelungen statt. In manchen Betrieben wird gestreikt, um Erhöhungen der Effektivlöhne durchzusetzen.

Die Lohnbewegung ist weiter im Gange. Neben dem Hinweis auf die Produktivitätssteigerung, welche nach gewerkschaftlicher Auffassung zum Teil durch höhere Löhne abgegolten werden soll, wird in letzter Zeit häufig auch die Verteuerung wichtiger Konsumgüter als Begründung für Lohnforderungen angeführt.

Neue Lohnforderungen werden vor allem von der Textilarbeitergewerkschaft erhoben. Sie verlangt mit Hinweis auf eine namhafte Steigerung der Produktivität sowie auf die Zunahme der Lebenshaltungskosten eine Erhöhung der Stundenlöhne um 12%. Die Gutshofbesitzer in Wien, Niederösterreich und Burgenland sind gleichfalls in Lohnverhandlungen, wobei der Vorschlag einer 6%igen Lohnerhöhung, in Anbetracht der weit höheren Löhne der Industriearbeiter, als ungenügend abgelehnt wurde. Auch die Expeditionsarbeiter in Zeitungsverlagen fordern Lohnerhöhungen und wenden als Kampfmittel zum Teil passive Resistenz an. In den Brotfabriken wird für jene Arbeitnehmer, die an automatischen Öfen arbeiten, die Herabsetzung der Arbeitszeit von derzeit 7 auf 6 Stunden bei gleichbleibendem Lohn gefordert. Die Unternehmer halten im Falle der Erfüllung dieser Forderung eine Erhöhung des Brotpreises für unvermeidlich, die Gewerkschaft weist auf die unerhebliche Kostenerhöhung hin, da die Zahl der Arbeiter, die dafür in Frage kämen, sehr gering sei.

Für die Beamten des öffentlichen Dienstes wurde die zweite Etappe der Entnivellierung der Bezüge, die ursprünglich für Anfang 1955 vorgesehen war, auf den 1. Oktober 1954 vorverlegt. Die dadurch bedingten Erhöhungen der Bruttobezüge werden im Höchstfall rund 9% betragen. In den höchsten Kategorien beträgt die Gehaltserhöhung mehr als 600 S.

Das in Vorbereitung befindliche Allgemeine Sozialversicherungsgesetz soll in Zukunft die Renten für Arbeiter und Angestellte in der Privatwirtschaft durch entsprechende jährliche Steigerungsbeträge an die Pensionen der öffentlichen Bediensteten, die im Höchstfalle 78% der letzten Aktivbezüge betragen,

angleichen. Diese Regelung wird durch eine gewisse Valorisierung der gegenwärtigen Renten zum Teil schon vorweggenommen. Die um die Ernährungszulage und die Wohnungsbeihilfe — zusammen 269 S — verminderte monatliche Rente wird mit dem Faktor 1,89 multipliziert und das Produkt wiederum um die Wohnungsbeihilfe — 30 S — vermehrt. Die Renten unter 538 S, bei denen diese Regelung eine Minderung bedeuten würde, bleiben unverändert. Renten, die derzeit 900 S monatlich betragen, steigen im Zuge dieser Valorisierung auf etwas über 1.220 S. Diese Regelung soll für Rentner der Angestellten- und Bergarbeiterversicherung rückwirkend ab 1. Jänner 1954, für die übrigen Rentner ab 1. Jänner 1955 in Kraft treten. Überdies wird im Herbst eine 13. Monatsrente ausbezahlt werden.

Zur finanziellen Bedeckung dieser Maßnahme soll ab 1. August die Höchstbemessungsgrundlage für die Sozialversicherungsbeiträge von 1.800 auf 2.400 S erhöht werden. Auch werden bisher beitragsfreie Lohn- und Gehaltsteile nunmehr der Beitragspflicht zur Sozialversicherung unterworfen. Rund 230.000 Arbeitnehmer, deren monatliche Bezüge höher als 1.800 S sind, werden von der Steigerung der Höchstbemessungsgrundlage betroffen. Auch soll der Wohnauförderungsbeitrag, der zur Hälfte von Arbeitgeber und Arbeitnehmer getragen wird, und bisher 8,80 S monatlich betragen hat, in Hinkunft auf 1% des Bruttoeinkommens — gleichfalls bis zu einer Höhe von monatlich 2.400 S geändert werden. Hingegen wurde die Lohnsteuer ab 1. Juli 1954 durch die Erhöhung des monatlichen Werbungskostenpauschales von 182 S auf 195 S etwas ermäßigt.

Die Erhöhung der Beitragspflicht zur Sozialversicherung und die Änderung des Wohnbauschillings wirkt insbesondere bei Einkommen über 1.800 S im Monat sowie bei Arbeitnehmern, die in größerem Ausmaß bisher beitragsfreie Lohnzulagen beziehen, der zu Jahresbeginn durchgeführten allgemeinen Lohnsteuersenkung entgegen. Die Auswirkungen auf die Nettobezüge sind sehr verschieden: Ein unverheirateter Arbeiter, der 1.400 S monatlich verdient und überdies Zulagen in Höhe von 15% des Lohnes erhält, gewann durch die Lohnsteuersenkung im Jänner rund 65 S im Monat; die künftige Neuregelung wird seinen gegenwärtigen Nettobezug um rund 10 S vermindern. Bei einem verheirateten Arbeiter mit zwei Kindern betrug, unter den gleichen Voraussetzungen, die Steigerung im Jänner 45 S, der eine künftige Senkung der gegenwärtigen Bezüge um 15 S gegenübersteht. Ein lediger Angestellter mit einem Gehalt von monatlich 2.400 S vierzehnmals im Jahr, gewann durch die Steuersenkung rund 150 S für ein Zwölftel seines gesamten Jahresbezuges, die Neuregelung wird ihm davon wieder 70 S kosten. Für einen verheirateten Angestellten mit zwei Kindern lauten die entsprechenden Zahlen, unter den gleichen Voraussetzungen, 115 S und 81 S. Ein leitender Angestellter schließlich, der vierzehnmals jährlich 6.000 S brutto bezieht, erhielt durch die Steuersenkung im Jänner eine Erhöhung um rund 600 S pro Zwölftel des Nettojahresbezuges; durch die Neuregelung erleidet er eine Einbuße seiner gegenwärtigen Bezüge um rund 60 S.

Im kommenden Jahr ist eine weitere Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge um 1% für Angestellte und Bergarbeiter, sowie um 2% für die übrigen Arbeitnehmer vorgesehen. Auch diese Erhöhung wird zur Hälfte von Arbeitgeber und Arbeitnehmer getragen werden.

Land- und Forstwirtschaft

Dazu Statistische Übersichten 8.1 bis 8.10

Ackerfrüchte und Gräser entwickelten sich dank feuchtwarmer Witterung im Juni so gut, daß man die *Ernteaussichten* nunmehr erheblich günstiger beurteilt als Ende Mai. Die Heuernte fiel mengenmäßig sehr gut aus; qualitativ befriedigte sie allerdings nicht, da das Erntegut zumeist verregnet wurde. Um 14 Tage später als sonst werden heuer die Körnerfrüchte reifen. Der Schnitt von Raps und Wintergerste wird im östlichen Flachland voraussichtlich zwischen 5. und 10. Juli, jener der übrigen Getreidearten zwischen 10. und 15. Juli beginnen. Da größere Mengen an Frühkartoffeln aus der Inlandsernte erst im Juli auf den Markt kommen werden, hat man die Lizenzen für Einfuhren bis 27. Juni verlängert. Die Zuckerrübenschläge stehen gut geschlossen. Häufige Regenfälle behinderten die Bekämpfung der Kartoffelkäfer, die sich stark vermehrten. Der Obstbehang ist günstig, ebenso der Traubenansatz bei Wein. Im ganzen dürften die Ernteerträge zwar nicht so gut wie im Vorjahr werden, doch wird der Bruttowert der Pflanzenproduktion voraussichtlich höher sein als im Durchschnitt der letzten Jahre.

Landwirtschaftliche *Traktoren* waren in den letzten Monaten dank Ankauflsdarlehen stärker gefragt. Im April und Mai wurden 1.497 neue Zugmaschinen zum Verkehr zugelassen gegen 1.478 in den gleichen Monaten 1953; davon waren 191 Maschinen (102 im Vorjahr) ausländischen Ursprungs. (Der Zugang an Traktoren im I. Quartal war noch um 1.048 Stück oder 46% niedriger als im I. Quartal 1953.) Obwohl die Einfuhr von Traktoren bereits seit Juli 1953 liberalisiert ist — sie ist allerdings auf Maschinen mit 40 bis 50 PS beschränkt —, nahm der Import erst im Frühjahr 1954 stärker zu. Die erhöhte Einfuhr dürfte zum Teil auf den vermehrten Einsatz von Mähdreschern zurückgehen, für die man zumeist stärkere als die im Inland erzeugten Zugmaschinen benötigt, zum Teil scheint sie die Folge einer ungenügenden Inlandsproduktion an Traktoren zu sein, die den Stoßbedarf vor der Getreideernte nicht zu decken vermochte.

Im Mai brachte die Landwirtschaft 7.659 t Roggen und 5.465 t Weizen auf den Markt gegen 6.067 t und 4.338 t im Mai 1953. Mit 435.522 t *Brotgetreide*

übertraf das Angebot nach der letzten Ernte das vom Vorjahr um 93.035 t oder 270%. Die gesamten Vorräte an Weizen und Roggen verringerten sich bis Ende Mai um 36.000 t auf 166.000 t. 27.435 t Inlandsweizen lagerten Ende Mai noch in Getreidesilos. Zwischen Mühlen, landwirtschaftlichen Genossenschaften und Marktbehörden entbrannte ein heftiger Streit darüber, wie weit dieser Vorrat noch zum höheren Preis im Monat Juni von den Mühlen zu übernehmen und zu vermahlen sei, um so mehr, als sich Weizen wegen erhöhter Report- und Deportsätze¹⁾ bereits im Juli stärker verbilligt. Überdies lagerten bei den Mühlen noch 58.170 t Weizen. Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft machte schließlich die Zuteilung an ausländischem Hartweizen von der Übernahme entsprechender Mengen inländischen Siloweizens abhängig.

Auch auf dem Weltmarkt stagniert das Getreidegeschäft. Nach Angaben des Internationalen Weizenrates konnten die Exportländer im April und Mai nur 0,85 Mill. t Weizen verkaufen gegen 2,66 Mill. t im April und Mai 1953. Im laufenden Erntejahr werden die Umsätze wahrscheinlich nur halb so hoch sein wie im Vorjahr. Österreich, Dänemark und der Jordan haben ihre Quoten bisher überhaupt nicht beansprucht, Indien kaufte nur unbedeutende Mengen. Italien und Schweden werden am Internationalen Weizenabkommen voraussichtlich nicht mehr teilnehmen.

Die mit 30. Juni befristeten *Wirtschaftslenkungs-gesetze* (einschließlich der Agrarfondsgesetze) wurden vom Nationalrat mit einigen Abänderungen um ein Jahr verlängert. Der Verkauf von Flaschenmilch — bisher auf Sondergeschäfte beschränkt — soll ab 1. Jänner 1955 auf Lebensmittelgeschäfte ausgedehnt werden, sofern man sich bis dahin nicht über eine generelle Neuregelung der Milchabgabe im Kleinhandel einigt. Die Molkereien werden nur Händler mit Flaschenmilch beliefern müssen, die täglich mindestens 75 l absetzen. Die Novelle zum Außenhandelsverkehrsgesetz bestimmt, daß Ausfuhren von Vieh, Fleisch und Würstwaren in Zukunft nicht allein vom Handelsministerium, sondern auch vom Innenministerium zu genehmigen sind. Nach der Novelle zum Rindermastförderungsgesetz werden nur Betriebe mit mehr als 40 Waggons (bisher 30 Waggons) Zuckerrüben verpflichtet, Magervieh einzustellen und zu mästen. Überdies will man die Termine, zu denen Einstellvieh bezogen und Mastvieh auf den Markt gebracht werden soll, jahreszeitlich besser staffeln, um das Angebot in die knappen Sommermonate zu verlagern. Dagegen lief das Gesetz über die Futtermittelabgabe und Schweinehaltung Ende Juni ab; es hatte schon bisher keine Bedeutung.

¹⁾ Die Landwirtschaft lehnte es ab, die Erzeugerpreise für Weizen und Roggen zwischen Juli und Juni um mehr als 13 S je 100 kg zu staffeln. Im Jahre 1953/54 betrug die Preisdifferenz 9,50 S. Die Vertreter der Arbeitnehmer schlugen eine Staffelung um 25 S vor.

Auf den *Schlachtvieh-* und Großhandelsmärkten in Wien wurden im 1. Halbjahr (vom 28. Dezember 1953 bis 27. Juni 1954 [26 Wochen]) 42.705 Stück Lebendrinder und 311.725 Stück Schweine (lebend, gestochen und Weidnerware) aus der Inlandsproduktion angeboten, gegen 37.872 und 326.109 Stück im 1. Halbjahr 1953 und 35.426 und 281.063 Stück im 1. Halbjahr 1952. Das Angebot an Schlachtrindern war daher um 13% größer, das an Schweinen um 4% kleiner als im Vorjahre. Die Marktbelieferung mit Schweinen lag nur bis Ende April über dem Vorjahresniveau; im Mai (18. bis 21. Woche) ging das Schweineangebot relativ — auf das Vorjahr bezogen — um 19% und im Juni (22. bis 26. Woche) um 15% zurück. Das Rinderangebot war im Mai um 7% und im Juni um 6% höher. Umfang und Schwankung des Ferkelbestandes zwischen September 1953 und März 1954 lassen erwarten, daß Schweinefleisch nur vorübergehend knapp sein wird; ab November werden wieder relativ mehr Schlachtschweine auf den Markt kommen, doch wird das Angebot auch dann noch etwas niedriger als im Vorjahre sein.

Nach vorläufigen Teilergebnissen der Schweine-zählung im Juni war der gesamte Schweinebestand um rund 10% und der Bestand an Schlacht- und Mastschweinen um 10 bis 15% niedriger als im Juni 1953. Die Zahl der trächtigen Sauen war dagegen sehr hoch. Daher wird in diesem Herbst der Ferkelanfall und im nächsten Sommer das Marktangebot an Schlachtschweinen tendenziell stark zunehmen. Wahrscheinlich wird das inländische Angebot an Vieh und Fleisch im Sommer 1955 so hoch sein, daß man keine zusätzlichen Importe benötigt. Diese Prognose stützt sich vor allem auch auf das neue *Tier-seuchengesetz*, das die Bekämpfung der Rindertuberkulose bindend vorschreibt. Dieses Gesetz wird den Umtrieb in der Rinderhaltung erheblich beschleunigen und eine große Zahl von Reagenten auf die Schlachtviehmärkte bringen.

Energiewirtschaft

Dazu Statistische Übersichten 4.1 bis 4.5

Die Versorgung der österreichischen Wirtschaft mit elektrischer Energie, Kohle und flüssigen Brennstoffen funktioniert reibungslos. Die kalorischen Kraftwerke sind weitgehend entlastet. Im Mai mußten nur noch 6,7% der gesamten *Stromerzeugung* in Dampfkraftwerken erzeugt werden. Die Wasserkraftwerke lieferten in der gleichen Zeit 620 Mill. kWh (93,3%), um 9% mehr als im Vorjahre. Von Jänner bis Mai erzeugten die Kraftwerke der öffentlichen Versorgung 2.817 Mill. kWh Strom (1.879 Mill. kWh in Wasser- und 938 Mill. kWh in Dampfkraftwer-

ken), gegen 2.589 Mill. kWh (1.951 Mill. kWh bzw. 638 Mill. kWh) in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Der Stromverbrauch ist seit dem Herbst des Vorjahres annähernd stabil geblieben. Gegenüber den ersten 5 Monaten des Vorjahres war er heuer jeweils um 13,2%, 20,5%, 16,9%, 15,1% und 15,9% höher. Der saisonübliche Rückgang des Verbrauches ab März wurde durch die volle Belieferung Ranshofens kompensiert.

Mit der Besserung der Wasserverhältnisse konnte im Mai auch der Export elektrischer Energie wieder forciert werden. Wegen der Trockenheit in den ersten Monaten aber war der Gesamtexport von Jänner bis Mai um 16,1% geringer als im Vorjahre, während die Stromeinfuhr (155 Mill. kWh) in der gleichen Zeit um 71,8% höher war.

Anfang Mai wurde das Grenzkraftwerk Braunau (Inn) fertig und der letzte der vier Generatoren (österreichischer Leistungsanteil 12.000 kW) in Betrieb genommen. Mitte Mai konnten die Arbeiten am Einlaufwerk der Oberstufe Kaprun, die vorübergehend das Kraftwerk der Unterstufe stilllegten, beendet und das Kraftwerk nach etwa sechswöchiger Unterbrechung wieder in Betrieb genommen werden. Auch das Kraftwerk Bösdornau, das durch Brand des Schalthauses vorübergehend ausgefallen war, konnte inzwischen wieder mit allen fünf Maschinensätzen provisorisch eingeschaltet werden.

Wegen der geringen Beanspruchung der Dampfkraftwerke waren die Kohleanlieferungen weitaus größer als der laufende Verbrauch. Die Vorräte nahmen von Ende April bis Ende Mai von 51.325 t (SKB) auf 87.897 t zu.

Der heimische Kohlenbergbau konnte im April und Mai die Rekordförderung vom I. Quartal nicht mehr aufrecht halten. Der saisonbedingte Nachfrageausfall schränkte den Absatz empfindlich ein. Die durchschnittliche Tagesförderung im Braunkohlenbergbau sank von 21.796 t im Februar auf 20.998 t, 19.364 t und 18.884 t in den Monaten März bis Mai. Immerhin war sie auch im Mai noch um 10,8% höher als im Vorjahre. Durch Werbeaktionen und vorzeitige Einlagerungen bei öffentlichen Stellen für den Winter hofft man heuer die seasonschwache Zeit besser überbrücken und Nachfragestauungen in den Herbst- und Wintermonaten vermeiden zu können.

Auch die Kohleneinfuhr ist im April und Mai wieder etwas zurückgegangen. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres war sie aber noch um 7,6% größer als im Vorjahre.

Zusammen mit den Lieferungen des heimischen Bergbaues standen der österreichischen Wirtschaft im Mai 529.748 t Kohle (SKB) zur Verfügung, das sind

um 3,2% weniger als im April. Alle Verbraucher, Gaswerke, Bahnen und Hausbrandbesitzer ausgenommen, bezogen weniger Kohle.

Industrieproduktion

Dazu Statistische Übersichten 5.1 bis 5.27

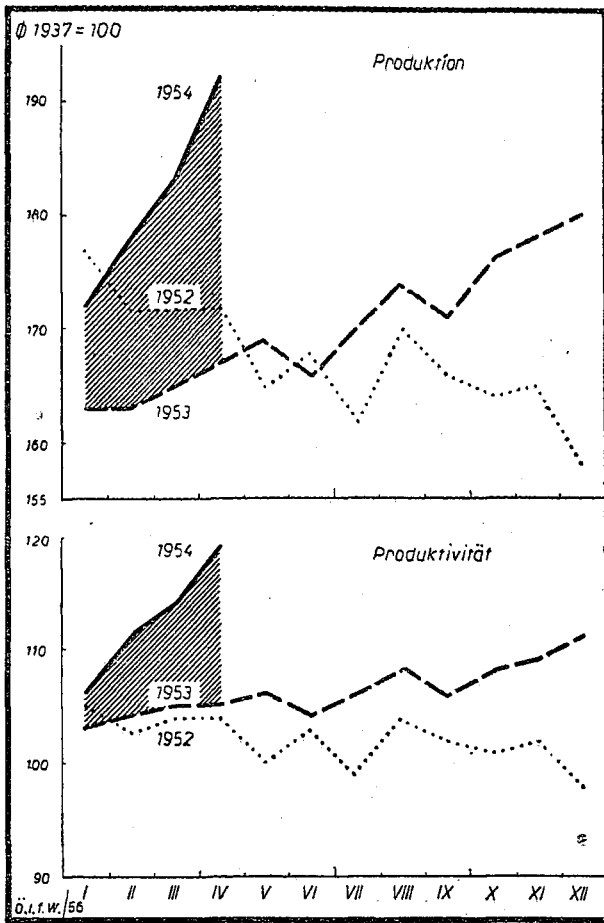
Die Mitte 1953 von der Exportkonjunktur ausgelöste Belebung der Industrieproduktion hat sich nach vorübergehendem Rückschlag in den Wintermonaten fortgesetzt und zu neuen Produktionshöhepunkten geführt. Das Produktionsvolumen war in den Monaten Jänner bis April jeweils um 1,2%, 9,1%, 14,7% und 15,3% höher als in den gleichen Monaten des Vorjahres und im April übertraf es sogar den bisherigen Rekordstand vom November um 2,0%. Im Durchschnitt der ersten vier Monate war der Produktionsindex um 10,4% höher als vor einem Jahr. Dagegen waren nur um 1,8% mehr Arbeitskräfte beschäftigt, wiewohl auch ausgesprochen arbeitsintensive Industriezweige die Erzeugung beträchtlich ausgeweitet haben. Der Index der *Arbeitsproduktivität* (Produktion pro Beschäftigten) war dementsprechend (in den ersten vier Monaten) um 8,9% höher als im Vorjahr und dürfte auch noch weiterhin steigen. Einerseits ermöglicht die steigende Produktion, Produktivitätsreserven auszuschöpfen, andererseits zwingt auch der noch immer spürbare Preisdruck auf Inlands- und Exportmärkten und die in der letzten Zeit immer stärker werdende Lohnbewegung zu Kosteneinsparungen. Schließlich dürfte sich auch die Investitionstätigkeit immer mehr von den expansiven Investitionen zu den Rationalisierungsinvestitionen verlagern.

Je mehr die Produktivitätsreserven ausgeschöpft werden, desto stärker kann die Beschäftigung wieder mit der Produktion wachsen. Bisher beschränkte sich die Konjunkturbelebung in der Hauptsache auf einige besonders exportorientierte Industriezweige, wie z. B. die Schwerindustrie, chemische Industrie und die Papierindustrie, die allmählich die Kapazitätsgrenze erreichen, sowie auf Zweige, die auch auf dem Inlandmarkt ihren Absatz ausweiten konnten, wie z. B. den Bergbau, die Metallhütten, die Fahrzeug- und die Baustoffindustrie. In allen anderen Industrien blieb eine stärkere Belebung bisher ganz aus oder weit zurück.

Die 75%ige Liberalisierung der Wareneinfuhr aus den OEEC-Ländern dürfte den Absatz der heimischen Industrie kaum ernstlich gefährden, da sie bisher zumeist Waren betraf, die im Inlande nicht erzeugt werden oder, zumindest bei dem gegenwärtigen Weltpreinsniveau, einen ausreichenden Zollschutz genießen.

Industrieproduktion und Produktivität in den Jahren
1952 bis 1954

(Normaler Maßstab; Ø 1937 = 100)



Industrieproduktion und Produktivität (Produktion pro Beschäftigten) haben sich im Jahre 1954 besonders günstig entwickelt und im April mit 193,9% und 120,0% (1937=100) neue Höchststände erreicht. Von Februar bis April war die Produktion jeweils um 9,1%, 14,7% und 15,3%, die Produktivität um 7,1%, 12,7% und 13,0% höher als in den gleichen Monaten des Vorjahres.

Es wäre allerdings möglich, daß durch Nachfrageschichtungen die Einfuhr liberalisierter Güter stärker zunimmt und dadurch der Absatz der Industrie beeinträchtigt wird. Bisher hat sich nur die Liberalisierung der Kraftfahrzeuge stärker ausgewirkt. In den ersten fünf Monaten 1953 wurden um 90,6% mehr Personenkraftwagen neu zum Verkehr zugelassen als in der gleichen Zeit des Vorjahres, als die Einfuhr noch gelenkt war. Es ist aber unwahrscheinlich, daß auch auf anderen Märkten ähnlich starke Rückwirkungen auftreten, da vor der Liberalisierung nirgends das gelenkte Unterangebot und die kaufkräftige Übernachfrage in einem so krasen Mißverhältnis standen wie auf dem Kraftfahrzeugmarkt. Der Wegfall der Kopplungsgeschäfte hat überdies die Preise besonders stark sinken lassen.

Die Exporte, die bis zum Frühjahr ständig zunahmen und die Ausweitung der heimischen Produktion in erster Linie ermöglichten, haben sich in den letzten drei Monaten auf dem erreichten hohen Niveau annähernd stabilisiert. Im Durchschnitt der Monate Jänner bis Mai war das Exportvolumen um 32,6% größer als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Dagegen ist die Industrieproduktion weiter gestiegen. Daher dürfte sich auch der heimische Markt, der bis dahin nur verhältnismäßig schwach auf die Konjunkturbelebung angesprochen hatte, in den letzten beiden Monaten stärker belebt haben. Die außergewöhnlich hohe Exportquote des I. Quartales 1954 (30,3%) geht allmählich zurück. Falls die Exportkonjunktur, die sich bisher auf verhältnismäßig wenige Branchen erstreckte, nicht noch auf andere Zweige übergreift, dürften die Exporte in den nächsten Monaten kaum mehr stärker zunehmen, weil die bisher daran beteiligten Industrien fast voll ausgelastet sind.

Die Nachfrage nach Rohstoffen hat annähernd im gleichen Ausmaß wie die Produktion zugenommen. Der vom Institut berechnete Index der Rohstoffimporte war im Durchschnitt der ersten fünf Monate dieses Jahres um 15,4% höher als in der gleichen Vorjahreszeit. Wiewohl die Industrieproduktion in der gleichen Zeit etwas weniger gestiegen sein dürfte (annähernd um 10%), können die für die Auffüllung der Lager abgezweigten Rohstoffmengen nicht erheblich sein. Im Vorjahre waren die Importe geringer als der laufende Verbrauch, weil in der gleichen Zeit noch Lager abgebaut wurden. Bisher sind keine Anzeichen einer beginnenden oder bevorstehenden Lageraufstockung festzustellen.

Auch die Nachfrage nach inländischen Rohstoffen und Halbmaterialien hat gegenüber dem Vorjahre zugenommen. Bergbau, eisenschaffende und chemische Grundstoffindustrie sind mit Inlandsaufträgen besser versorgt als im Vorjahre.

Der Frühjahrsaufschwung hat nicht alle Industriezweige gleichzeitig und vor allem nicht gleich stark erfaßt. Im Durchschnitt der ersten vier Monate dieses Jahres blieb aber nur mehr die Produktion in der Maschinenindustrie (um 4,0%) und in der Tabakwarenindustrie (um 7,9%) hinter der des Vorjahres zurück. Die Magnesit-, Fahrzeug-, Leder- und Schuhindustrie und die Nahrungsmittelindustrie erreichten annähernd den Vorjahresstand. Mit Ausnahme der Tabakindustrie, die durch die Preiserhöhung zu Jahresanfang einen stärkeren Rückschlag erlitt, nahm die Produktion in den letzten Monaten in allen Zweigen zu; im April war nur mehr die Erzeugung der Tabakindustrie niedriger als im Vorjahr.

Besonders gut beschäftigt sind nur Grundstoff- und Baustoffindustrie. Die Erzeugung dauerhafter Konsumgüter hat erst in der letzten Zeit stärker zugenommen. Die reinen Konsumgüterindustrien (Textil-, Leder- und Nahrungsmittelindustrie) haben bisher kaum von der Erhöhung der Gesamtnachfrage profitiert. Schließlich hat auch die Inlandsnachfrage nach Investitionsgütern bisher nur verhältnismäßig wenig zugenommen.

Die Bergbauproduktion blieb auch im Mai aus Saisonsgründen verhältnismäßig schwach. Die arbeits-tägige Produktion, die schon im April gegenüber dem Rekordstand vom März um 1'30% gesunken war, ging weiter um 1'0% zurück. Im Durchschnitt der ersten fünf Monate dieses Jahres wurden aber immerhin um 10'7% mehr Bergbauprodukte gefördert als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Auch im April und Mai blieb die Produktion noch um 14'0% und 7'0% über dem Vorjahresstand. Im Bergbau ist trotz der gegenüber dem Vorjahre günstigeren Konjunkturlage die Zahl der Beschäftigten in den ersten fünf Monaten um 0'5% gesunken.

Die Magnesitindustrie, die mit annähernd voller Kapazität arbeitet, aber seit Jahresanfang weniger exportierte, wird dank der Wiederbelebung des internationalen Stahlmarktes auch in Zukunft ihre hohe Produktion aufrecht halten können.

Die eisenschaffende Industrie ist dank reichlichen Exportorders für Walzware unverändert gut beschäftigt. Im Durchschnitt Jänner bis Mai 1954 lag ihr Produktionsindex um 24'2% über dem des Vorjahres. Die befürchtete Abschwächung der Exportkonjunktur — angesichts des unverändert schwachen Inlandsgeschäftes die Hauptstütze der hohen Produktion — ist nicht eingetreten. Auf dem internationalen Eisen- und Stahlmarkt konnte in den Monaten Mai und Juni die seit dem Spätherbst herrschende Nachfrageflaute überwunden werden. Die Saisonbelebung im Frühjahr wurde durch neue Vorratskäufe der Verbraucher erheblich verstärkt. Neben der Ergänzung der stark abgebauten Vorräte dürfte auch die herrschende weltpolitische Spannung größere Lagerkäufe bewirkt haben.

Der Tendenzumschwung auf den Märkten geht am besten daraus hervor, daß die noch vor kurzem zu beobachtende Unterbietung der Exportpreise der Montanunion für Lieferungen in Nichtmitgliedstaaten aufgehört hat. Anfang Juni konnte die Brüsseler Exportkonvention die bisherigen Mindestpreise sogar erhöhen. Die Nachfrage nach international knappen Sorten, wie z. B. Feinblechen, Betoneisen, Stabstahl und Walzdraht, hat aber weiter so stark zugenommen, daß auch diese neuen Mindestpreise

schon um 5% überboten werden. Die Lieferfristen für knappe Materialien sind auch länger geworden. Nur Grob- und Mittelbleche sind reichlich verfügbar und wurden von der Hausse nicht erfaßt. Die bisherigen Exportmindestpreise der Montanunion für Lieferungen in Länder außerhalb der Gemeinschaft wurden deshalb bei diesen Waren, nachdem sie weiter laufend unterboten wurden, um 4% bis 7% gesenkt.

Der Inlandsmarkt hat bisher noch nicht stärker reagiert. Im ersten Trimester 1954 waren die Auftrageingänge von Inlandskunden auf Kommerzware nur um knapp 4% höher als im Vorjahre. Die zusätzlichen Aufträge lauteten zum größten Teil auf Baueisen. Da noch Auftragsbestände aus dem Vorjahre vorhanden waren, die weiter abgebaut wurden, sind die Lieferungen an Inlandskunden in der gleichen Zeit allerdings um 15'6% gestiegen.

Die Exportlieferungen von Kommerzware haben in der gleichen Zeit um 144% von 44.225 t auf 107.867 t zugenommen. Fast die Hälfte sind Feinbleche, während im Vorjahre noch überwiegend Grobbleche exportiert wurden.

Der Export von Edelstahl, der im Vorjahre stärker gesunken war, hat sich wieder etwas erholt. Die Exportlieferungen nahmen im ersten Trimester um 15'5% zu.

Die Importe von Walzmaterial wurden weiter eingeschränkt, weil genügend Inlandsware preisgünstig angeboten wurde. In den ersten vier Monaten wurden nur mehr 5.002 t importiert, gegen 11.171 t und 25.403 t in der gleichen Zeit der beiden letzten Jahre. Aus Inlandslieferungen der heimischen Industrie und aus Importen stand dem inländischen Markt heuer um 5'7% mehr Walzmaterial (Kommerzware, Edelstahl und Fertigungsbedarf) zur Verfügung als im Vorjahre.

Die Roheisenexporte konnten heuer nicht mehr im früheren Umfang aufrecht gehalten werden. In den ersten vier Monaten wurden nur 84.209 t Roheisen in das Ausland geliefert, gegen 179.502 t in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Die Aluminiumwerke konnten so reichlich mit elektrischer Energie versorgt werden, daß die Höchstproduktion des Vorjahres (Mai) fast erreicht wurde. Gegenüber April 1953 stieg die Erzeugung um 20'9%. Da die Bleiproduktion ebenfalls die vom Vorjahr überschritt und die Kupferproduktion nur knapp darunter blieb, stieg der Index der Metallhütten im April auf 674'0% von 1937 und lag damit um 12'9% über dem Vorjahresstand.

Die Gießereindustrie ist weiterhin gut beschäftigt. Im Durchschnitt der ersten vier Monate produzierte sie um 8'7% mehr als im Vorjahre.

Die Fahrzeugindustrie hat im April einen neuen Rekordstand der Produktion erreicht. Trotz einer gewissen Produktionsschwäche zu Anfang des Jahres, welche das Produktionsniveau erheblich unter das vom Vorjahr drückte, war die Erzeugung im Durchschnitt der ersten vier Monate schon wieder um 1'0% größer als im Vorjahre. Wider Erwarten hat sich besonders das Personenwagenassembling auch nach der Liberalisierung gut entwickelt. Die anlässlich der Wiener Frühjahrsmesse verlautbarte zweite Preissenkung für assemblierte Steyr-Fiat-Wagen hat den Absatz sprunghaft belebt. Während in den Monaten Jänner und Februar 64 und 82 Steyr-Fiat-Pkw zum Verkehr zugelassen wurden, waren es von März bis Mai 269, 619 und 541. Trotz des starken Rückschlages in den ersten beiden Monaten wurden von Jänner bis Mai insgesamt 1.575 assemblierte Wagen zugelassen, gegen nur 992 in der gleichen Zeit des Vorjahres, so daß sogar der relative Anteil von Steyr-Fiat an den gesamten Neuzulassungen von Personenkraftwagen gesteigert werden konnte. In diesen beiden Monaten stammten 32'6% und 26'4% der neu zum Verkehr zugelassenen Pkw aus dem Inlandsassembling, gegen 23'6% und 23'2% in den gleichen Monaten des Vorjahres.

Außer der Montage von Personenkraftwagen konnte die Erzeugung von Motorrädern, Motorrollern und Fahrrädern kräftig gesteigert werden. Auch die Traktorenerzeugung erholte sich wieder, ohne allerdings die Höhe des Vorjahres auch nur annähernd zu erreichen.

Auf dem Kraftfahrzeugmarkt ist die Liberalisierung verhältnismäßig weit fortgeschritten. Nur Traktoren und Motorräder sind, soweit sie im Inlande produziert werden, noch nicht liberalisiert (Traktoren von 40 bis 50 PS und Motorräder über 275 ccm ausgenommen). Auch die Fahrradindustrie wird noch geschützt. Ebenso unterliegen noch alle Schienenfahrzeuge der Einfuhrkontrolle. Die trotz Inlanderzeugung liberalisierte Einfuhr von Lastkraftwagen (ausgenommen solche mit Allradantrieb) und Autobussen dürfte allerdings vorläufig kaum stärker zunehmen, weil die geltenden Gewichtszölle bei diesen schweren Fahrzeugen die inländische Produktion ausreichend schützen.

In der Maschinenindustrie blieb die Produktion im Durchschnitt der ersten vier Monate 1954 noch um 4'0% hinter dem Vorjahre zurück, wiewohl sie im März und April — allerdings nur geringfügig — darüberlag. Nach bisher vorliegenden Meldungen aus dem Konjunkturtest des Institutes haben in den ersten Sommermonaten die Auftriebskräfte zwar nachgelassen, aber immer noch ausgereicht, den saison-

üblichen Rückschlag zu kompensieren. Spätestens im zweiten Halbjahr dürfte sich die Nachfrage stärker beleben, da angenommen werden kann, daß „Bilanzbestellungen“ heuer — angesichts der verhältnismäßig günstigen Ertragslage in den meisten Wirtschaftszweigen — früher und in größerer Zahl zu erwarten sein werden als im Vorjahre. Eine stärkere Beeinträchtigung der heimischen Maschinenindustrie durch die Liberalisierung ist kaum zu erwarten, weil, von Einzelfällen abgesehen, nur Maschinen liberalisiert wurden, die im Inlande nicht erzeugt werden und schon bisher aus dem Ausland bezogen werden mußten. Der generell allen Importmaschinen aufgelegte Zoll von 20% bietet überdies einen starken Schutz vor der ausländischen Konkurrenz.

Die Elektroindustrie ist vor allem in der Erzeugung dauerhafter Konsumgüter gut beschäftigt. Aber auch die meisten anderen Sparten konnten heuer erheblich mehr produzieren als im Vorjahre. Im Durchschnitt der ersten vier Monate war der Produktionsindex um 19'2% höher als im Vorjahre. Unter anderem nahm heuer die Produktion gegenüber dem Vorjahre in folgenden Zweigen zu: Bleikabel 58'5%, isolierte Leitungen 61'0%, Elektrozähler 170'3%, Radioapparate 35'3%, Elektroherde 101'9% und Elektrospeicher 91'0%. Auch die Erzeugung in der Schwerelektroindustrie, vor allem von Generatoren und Motoren, konnte gegenüber dem Vorjahre gesteigert werden. Nur vereinzelt, wie z. B. in der Akkumulatorenindustrie (Rückgang 33'8%), wurde weniger erzeugt.

Auch die Elektroindustrie wird durch die bisherige Liberalisierung kaum beeinträchtigt, Haushaltgeräte und -maschinen vielleicht ausgenommen. Da dürfte aber der Zollschutz ausreichen. Fast alle anderen liberalisierten Elektroerzeugnisse werden im Inlande nicht hergestellt.

Wiewohl sich die „Elektrogeräteaktionen“ noch nicht nennenswert ausgewirkt haben (in Wien ist die Aktion eben erst angelaufen und in den meisten Bundesländern — ausgenommen Niederösterreich — erst im Vorbereitungsstadium), hat in letzter Zeit die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern stark zugenommen. Allem Anschein nach vollzieht sich teilweise eine strukturelle Umschichtung der Nachfrage von den bisher traditionell überwiegenden Konsumgütern (Textilien, Bekleidung, Nahrungs- und Genußmittel) zu den „höheren“ Verbrauchsgütern, wohl ein Zeichen des allgemeinen höheren Lebensstandards und einer weitgehenden Sättigung des nachkriegsbedingten „Nachholbedarfes“ an „lebensnotwendigen“ Gütern. Dies erklärt auch, warum sich die Erhöhung der Masseneinkommen im Ver-

laufe des letzten halben Jahres auf die Nachfrage nach Textilien und Bekleidung sowie Nahrungs- und Genußmitteln so unerwartet schwach ausgewirkt hat. Berücksichtigt man die höheren Exporte (vor allem an Textilien), so war die Gesamtnachfrage nach Gütern dieser Industrien heuer sogar niedriger als im Vorjahre.

Die *Baustoff*produktion kam im April auf volle Touren. Trotz dem Rückschlag in den ersten beiden Monaten war sie im Durchschnitt Jänner bis April um 4·7% (im April bereits um 20·8%) höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Wiewohl die Frühjahrssaison im Baugewerbe heuer sehr stürmisch begann und bei Industrie und Handel nur geringe Baustofflager vorhanden waren, wurde die Bautätigkeit kaum durch Materialmangel beeinträchtigt.

Nach den bisher vorliegenden Meldungen blieb die Nachfrage bis Jahresmitte sehr rege. Der sonst um diese Zeit übliche Nachfragerückgang blieb aus.

Die Baustoffindustrie fürchtet allerdings, daß ein so hohes Bauvolumen, wie es heuer mit beträchtlichen öffentlichen Mitteln finanziert wird, in Zukunft nicht gehalten werden kann. In vielen Bereichen der Baustoffindustrie sind selbst heuer noch erhebliche Überkapazitäten frei. Ein Rückschlag in der Bautätigkeit müßte zu einer schweren Krise in der Baustoffindustrie führen, da sie ebenso überdimensioniert ist wie das Baugewerbe.

Die *chemische* Industrie ist nach wie vor sowohl in der Grundstoff- als auch in der Konsumgütererzeugung gut beschäftigt und konnte den im März erreichten Rekordstand halten. Im Durchschnitt des ersten Trimesters 1954 war die Produktion um 25·3% höher als im Vorjahre.

Auch die *Papier*industrie ist unverändert gut beschäftigt und produziert mit voller Kapazität. Die Auslandsnachfrage, die alleinige Stütze der Papierkonjunktur, ist noch immer sehr rege und dürfte das jetzige Produktionsniveau bis Jahresende sichern. In den ersten fünf Monaten war die Gesamtproduktion der Papierindustrie um 31·3% höher als im Vorjahre, wiewohl gleichzeitig nur um 3·0% mehr Arbeitskräfte beschäftigt waren.

Die *Textil*industrie leidet nach wie vor unter der Schwäche des heimischen Marktes. Das in der letzten Zeit erreichte Exportvolumen konnte gehalten werden, eine weitere Steigerung aber gelang nicht. Im Durchschnitt der ersten vier Monate war die Produktion zwar um 8·3% höher als im Vorjahre, dies geht aber ausschließlich auf die höheren Exporte zurück. Seit Jahresbeginn hat die Erzeugung (saisonbereinigt) nicht mehr zugenommen.

Auch die *Leder-* und *Schuh*industrie, die fast ausschließlich auf den heimischen Markt angewiesen ist, wurde von der Konjunkturbelebung bisher nicht berührt. Von Jänner bis April war die Produktion sogar um 0·7% niedriger als im Vorjahre und dürfte auch in der nächsten Zeit das Vorjahresniveau kaum stärker überbieten können.

Das gleiche gilt für die *Nahrungs-* und *Genußmittel*industrie, welche bisher ebenfalls nur den Vorjahresstand erreichte, während die *Tabak*warenindustrie in den ersten fünf Monaten sogar um 8·5% weniger produzierte.

Umsätze und Verbrauch

Dazu Statistische Übersichten 6.1 bis 6.3

Der Geschäftsgang des Einzelhandels blieb im Mai allgemein hinter den Saison erwartungen zurück. Die Gesamtumsätze nahmen um 10% ab, während sie in den vergangenen Jahren nur um 1% gesunken und im Jahre 1951 sogar um 2% gestiegen waren. Dadurch verminderte sich der wertmäßige Umsatzzuwachs gegenüber dem Vorjahre von durchschnittlich 16% im März und April auf 10% im Mai. Die Mengenumsätze waren sogar nur um 6% höher als im Mai 1953 (im März und April um durchschnittlich 11%).

Das schwache Umsatzergebnis im Mai ist hauptsächlich auf das ungünstige Wetter zurückzuführen. Es konnte beobachtet werden, daß sich der Geschäftsgang an schönen Tagen sprunghaft belebte. Außerdem wurden die Einkäufe für das Pfingstfest wegen seines späten Termins (6. und 7. Juni) heuer vorwiegend im Juni getätigt, in den Vorjahren dagegen schon im Mai.

Der Umsatzausfall vom Mai dürfte allerdings im Juni großteils ausgeglichen worden sein. Das schöne und sehr warme Wetter, insbesondere in der zweiten Monatshälfte, veranlaßte die Konsumenten, die im Mai unterlassenen Einkäufe teilweise nachzuholen und vielfach später geplante Anschaffungen vorwegzunehmen. Aber auch infolge der Pfingstfeiertage und verschiedener Lohnerhöhungen war die Nachfrage lebhafter, als saisongemäß für Juni zu erwarten war (im Juni gehen die Umsätze gewöhnlich stärker zurück).

Insgesamt setzte der Handel in den ersten fünf Monaten wertmäßig um 11%, mengenmäßig um 7% mehr um als im Vorjahre. Dieser Zuwachs ergab sich teils durch die leichte Zunahme der Masseneinkommen infolge der Steuersenkung und der verschiedenen

Lohn- und Gehaltserhöhungen¹⁾, teils durch die Ausweitung der Teilzahlungskredite.

Besonders enttäuscht hat im Mai der Absatz von Textilien und Bekleidung. Obwohl die *Textilumsätze* von April auf Mai meist sinken (1951 um 10%, 1952 um 9%), erwartete der Handel heuer eine stärkere Belegung, da das Frühjahrsgeschäft im März und April unbefriedigend war. Tatsächlich aber nahmen die Umsätze nur um 1% (im Vorjahr um 4%) zu. Dennoch waren sie noch um 11% höher als im Mai 1953. Insbesondere die Umsätze von Konfektion, Wäsche, Wirk- und Strickwaren blieben stark hinter den Erwartungen zurück. Nach dem Konjunkturtest haben im Mai mehr Firmen Umsatzrückgänge und weniger Umsatzsteigerungen in diesen Waren gemeldet, als im April erwartet wurde. Dagegen entsprach der Absatz von Sommermeterware (Seidenstoffe, Waschestoffe), der wegen der langen Fertigungszeit weniger wetterabhängig ist, weitgehend den Erwartungen. Da die hochsommerlichen Temperaturen zu plötzlich auftraten, war der Absatz von Frühjahrsbekleidung auch im Juni unbefriedigend. Die Lager des Handels sind daher vielfach zu groß.

Die Umsätze von *Schuhen* nahmen im Mai um 14% ab, während sie gewöhnlich nur um 10 bis 11% gesunken waren (im Mai 1951 stiegen sie sogar um 23%). Sie waren dadurch wert- und mengenmäßig um etwa 3% niedriger als im Vorjahr. Infolge des kühlen Wetters war allerdings der Absatz von Trottschuhen heuer besser als in anderen Jahren, in denen die Nachfrage meist direkt von Winterschuhen auf Sommerschuhe übergang. Trotzdem waren nach den Ergebnissen des Konjunkturtests die Lager Ende Mai teilweise überhöht.

Im Gegensatz zur Entwicklung in den Vormonaten war im Mai auch der Absatz von *Möbeln und Wohnbedarf* schwächer, als man saisongemäß erwartet hätte. Die Umsätze sanken um 8%, während sie in den Jahren 1952 und 1953 um 11% und 2% gestiegen waren. Die Verkäufe von Hausrat, Glas und Porzellan gingen stärker zurück (-11%) als die von Möbeln, Teppichen, Gardinen (-6%). Trotz der übersaisonmäßigen Abnahme war das Umsatzvolumen von Möbeln und Wohnbedarf noch immer um 22% höher als im Vorjahr (im März und April um durchschnittlich 32%). Die schon seit Monaten beobachtete Verlagerung des Konsums zugunsten langlebiger Konsumgüter hält demnach weiter an.

¹⁾ Die Senkung der Lohnsteuer und die verschiedenen Lohn- und Gehaltserhöhungen dürften die Einkommen der Unselbständigen gegenüber dem Vorjahre um etwa 5% erhöht haben.

Auch die *Lebensmittelumsätze* nahmen stärker ab (-12%) als im Vorjahr (-10%). Sie waren dennoch mengenmäßig um etwa 9% höher als im Mai 1953. Die Verkäufe von *Tabakwaren* gingen um 4% zurück (1952 +3%, 1953 -2%); sie waren wertmäßig um 1% höher, mengenmäßig jedoch um 11% niedriger als im Vorjahr. Seit der Erhöhung der Tabakwarenpreise (1. Jänner 1954) blieben die Umsätze der Tabakregie wertmäßig um durchschnittlich 3%, mengenmäßig um 15% geringer als im Vorjahr. Auch einschließlich der Vorratskäufe im Dezember war der mengenmäßige Absatz bis Mai um 8% geringer als vor einem Jahr. Die Konsumenten kaufen vermutlich mehr als vor der Preiserhöhung auf den illegalen Zigarettenmärkten.

Die Käufe der unter „*Sonstiges*“ zusammengefaßten Waren gingen um 12% zurück, während sie im Mai 1953 um 7% gestiegen waren. Papierwaren wurden um 17%, Parfümerie- und Drogeriewaren um 1% weniger gekauft als im April. Die Umsätze von Lederwaren blieben nahezu unverändert, die Erlöse vom Mai 1953 wurden in allen Branchen - ausgenommen Lederwaren - überschritten (im Durchschnitt um 10%).

Das Bruttoaufkommen an *Umsatzsteuer*, einschließlich Rückvergütung nahm im Mai um 5% zu und war um 14% höher als im Mai 1953. Da die Einzelhandelsumsätze im April um 10% stiegen und um 20% höher waren als vor einem Jahr, kann man schließen, daß der Geschäftsgang in den übrigen Wirtschaftszweigen schwächer war als im Einzelhandel.

An *Verbrauchssteuern* gingen im Mai 176 Mill. S ein, um 20% mehr als im April und um 9% mehr als im Mai 1953. Gegenüber April sind die Erträge der Tabaksteuer (+12%), Biersteuer (+44%), Zuckersteuer (+76%), Mineralölsteuer (+31%) und Essigsäuresteuer (+82%) gestiegen. Alle übrigen Verbrauchssteuern brachten weniger ein. Vom Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in Höhe von rund 15 Mill. S entfallen 9 Mill. S auf die Mineralölsteuer, einschließlich Bundeszuschlag und je rund 3 Mill. S auf Tabak- und Biersteuer. Die Erträge der übrigen Verbrauchssteuern haben sich nur wenig verändert und fallen außerdem kaum ins Gewicht.

Trotz starken Vieh- und Fleischexporten war das Angebot von *Fleisch* in Wien in den ersten vier Monaten um 5% höher als vor einem Jahr. Seit Mai liegt das Angebot jedoch ständig darunter. Die Zufuhren von Rindern waren zwar im Mai um 7% und im Juni um 6% höher als im Vorjahr. Dagegen wurden im Mai um je 19% weniger Schweine und Kälber, im Juni um 15% weniger Schweine und um 25%

weniger Kälber angeliefert als vor einem Jahr. Da auch die Zufuhren von Fleisch in die Großmarkthalle um 8% bzw. 3% gesunken sind, war das gesamte Fleischangebot in Wien im Mai um 14%, im Juni um 11% geringer als in den entsprechenden Monaten 1953.

Obwohl die Nachfrage nach Fleisch mit der Besserung der Gemüseversorgung etwas nachließ, war sie immer noch höher als im Vorjahr. Die Fleischpreise zogen daher weiter an. Mitte Juni war Rindfleisch um 2 bis 5 S je kg (10 bis 30%), Kalbfleisch um 2 bis 4 S je kg (10 bis 15%) und Schweinefleisch um 3 bis 4 S je kg (15 bis 20%) teurer als vor einem Jahr. Während jedoch Schweinefleisch noch um 2 bis 3 S je kg und auch die meisten Kalbfleischsorten um 1 bis 2 S je kg billiger waren als im Juni 1952, lagen die Preise für Rindfleisch infolge der stark erhöhten Nachfrage bis um 3 S je kg darüber. Da die Exporte von Schlachtvieh und Fleisch Mitte Juni eingestellt und gleichzeitig größere Importe von Schweinen und Rindern abgeschlossen wurden, dürfte es möglich sein, die Nachfrage in den Sommermonaten zu stabilen oder sogar leicht sinkenden Preisen zu decken.

Zufuhren nach Wien¹⁾

		1953					
		IV.	V.	VI.	IV.	V.	VI.
		Wochendurchschnitte					
Rinder	Stück	1.298	1.571	1.547	1.566	1.685	1.645
Schweine ²⁾	„	11.988	14.894	13.880	12.940	12.028	11.813
Kälber ²⁾	„	4.020	4.034	3.658	3.191	3.257	2.726
Fleisch	q	1.449	1.591	1.297	1.355	1.469	1.253
Gemüse ³⁾	q	9.756	14.924	20.042	7.111	9.633	19.124
davon ausl.	q	3.169	2.846	2.990	3.460	3.031	4.186
Obst ⁴⁾	q	9.189	5.660	11.514	9.173	6.583	7.459
davon ausl.	q	3.245	2.802	5.544	7.442	4.882	3.932
Kartoffeln	q	5.224	6.814	10.111	7.517	10.480	11.508
davon ausl.	q	—	136	5.417	—	3.747	8.833

¹⁾ Nach den Wochenberichten des Marktamtes der Stadt Wien. — ²⁾ Lebende und tote Ware. — ³⁾ Einschließlich Zwiebeln, Pilze, Knoblauch. — ⁴⁾ Einschließlich Agrumen.

Die Versorgung Wiens mit *Gemüse* hat sich im Juni merklich gebessert. Die Anlieferung aus dem Inland waren zwar noch immer um 5% geringer als im Vorjahr (im Wochendurchschnitt 14.938 q gegen 17.082 q). Da jedoch die ausländischen Zufuhren um 40% stiegen, erreichte das Gesamtangebot bereits 95% des Vorjahres gegen nur 73% im April und 65% im Mai. Obwohl die Preise der meisten inländischen Gemüsearten gegenüber dem Vormonat übersaisonnmäßig sanken, waren sie noch immer um 20 bis 50% (vereinzelt auch mehr) höher als im Vorjahr. Dagegen war ausländisches Gemüse (Erbsen, Fisolen) bis um 40% billiger.

Das Angebot von *Obst*, das in den Vormonaten gleich hoch oder höher war als im Vorjahr, lag im Juni um 35% darunter. Da sich die Ernte von Früh-

obst durch das kalte Wetter stark verzögerte, kamen im Juni im Wochendurchschnitt nur 3.527 q inländisches Obst nach Wien gegen 5.970 q im Vorjahr (— 41%). Aber auch die ausländischen Zufuhren sanken um 29%. Dementsprechend waren die Obstpreise durchwegs höher als im Vorjahr. Nur Bananen und Zitronen waren dank der Liberalisierung billiger.

Die Versorgung mit *Frühkartoffeln* war heuer bedeutend besser als in anderen Jahren, da die Einfuhren früher begannen und viel größer waren. Im Mai und Juni kamen insgesamt 59.154 q ausländische Frühkartoffeln nach Wien gegen 27.629 q in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Verbraucherpreise waren daher um durchschnittlich 20% niedriger als vor einem Jahr.

Arbeitslage

Dazu Statistische Übersichten 7.1 bis 7.16

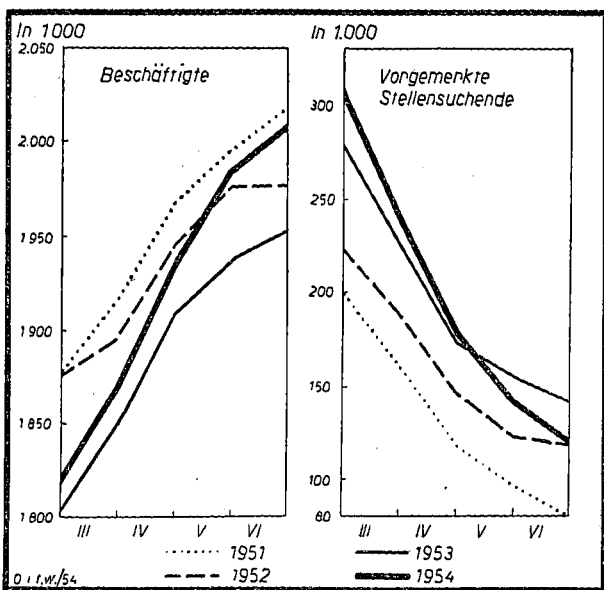
Der Konjunkturaufschwung der industriellen Produktion hat in den Frühjahrsmonaten auch den Arbeitsmarkt stärker belebt. Die Zahl der Beschäftigten lag im Durchschnitt des II. Quartals um 41.500 höher als im Vorjahre, überschritt im Juni die 2 Millionen-Grenze und liegt in der gewerblichen Wirtschaft bereits seit Mai über dem Stand von 1951. Auch die Zahl der gemeldeten offenen Stellen und der Stellenvermittlungen in den Arbeitsämtern war im Frühjahr wesentlich höher als in den entsprechenden Vorjahresmonaten. Die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden, die noch im Februar eine Rekordhöhe erreicht hatte und im I. Quartal den Vorjahresstand um 17.500 überstieg, lag im II. Quartal um 11.600 darunter; sie sank im Juni fast auf den Stand von 1952, den sie im Juli unterschreiten dürfte. Dieser Rückgang ist um so bemerkenswerter, als das Arbeitskräfteangebot im Juni leicht gestiegen ist und mit 2.128.800¹⁾ um 31.400 höher war als im Juni 1953.

Die Zahl der *Beschäftigten* stieg im Mai um 49.200 (2,5%) auf 1.984.400, im Juni um weitere 23.800 (1,2%) auf 2.008.200. Die Zunahme war im Mai um 69%, im Juni um 57% stärker als im Vorjahre, im Mai ebenso wie in den Vormonaten auch viel stärker als im Jahre 1951. Dadurch lag die Beschäftigung nur noch um 11.000 unter dem Niveau von Juni 1951; die Beschäftigungshöchststände im Sommer 1952 und Herbst 1953 wurden bereits überschritten.

Die Land- und Forstwirtschaft hatte im Mai um 3.500 mehr Neueinstellungen als im Vorjahre; im Juni war die Zahl der Neueinstellungen mit 1.100 auffallend schwach. Sie beschäftigte um 5.300 Per-

¹⁾ Alle Zahlen für Juni 1954 sind vorläufig.

Beschäftigte und Stellensuchende in den Frühjahrsmonaten der Jahre 1951 bis 1954
(Normaler Maßstab; in 1.000 Personen)



Dank der kräftigen Konjunkturbelebung nahm seit dem Winter die Zahl der Beschäftigten mit fast 200.000 viel stärker zu und die Zahl der Arbeitslosen mit 185.000 viel stärker ab als in den früheren Jahren. Ende Juni lag die Zahl der Beschäftigten bereits um 31.300 über dem Stand von 1952 und nur noch um 11.000 unter dem des Jahres 1951. Dagegen ist die Zahl der Stellensuchenden infolge Zustroms neuer Arbeitskräfte noch um 1.600 und 39.600 höher als in den Jahren 1952 und 1951.

sonen weniger als im Juni 1953 und um 6.300 und 12.100 weniger als im Juni 1952 und 1951.

Die gewerbliche Wirtschaft stellte im Mai 37.000 Arbeitskräfte neu ein, um 16.100 oder 77% mehr als im Jahre 1953, und um 14.800 oder 67% mehr als im Jahre 1951. Im Juni dürfte sich die Zahl der von ihr beschäftigten Arbeitskräfte weiterhin um über 20.000 erhöht haben, gegen 12.700 im Jahre 1953 und 19.600 im Jahre 1951. Schätzungsweise 25.000 Personen strömten im Mai und Juni in die Bauwirtschaft, die den Beschäftigungsstand des Vorjahres, der Anfang August 185.000 betrug, jedenfalls schon weit überschritten hat. Saisonbedingt stärker waren die Einstellungen im Hotel- und Gastgewerbe, während die Bekleidungsindustrie saisongemäß Arbeitskräfte freigesetzt hat.

Der Beschäftigungsindex der Arbeiterkammer (Beschäftigung in 1.678 Groß- und Mittelbetrieben), der im April beträchtlich stärker zugenommen hat als im Vorjahre, stieg bis Anfang Mai um ebensoviel wie im Vorjahre. Saisonbedingt wurden Arbeiter in der Textilindustrie, Bekleidungsindustrie und in der graphischen Industrie entlassen. Auch im Handel nahm die

Zahl der Beschäftigten geringfügig ab. Im Mai waren in den beobachteten Betrieben um 2% mehr Arbeitskräfte tätig als im Mai 1953 und nur um 0,6% weniger als im Mai 1951.

Insgesamt und in ungefähr der Hälfte der einzelnen Wirtschaftszweige entwickelt sich die Beschäftigung schon seit einiger Zeit günstiger als im Vorjahre. So in der Steinindustrie, in den E-Werken und — besonders auffallend — in der Eisen- und Metallindustrie (deren Beschäftigung im Laufe des Winters das Vorjahresniveau überschritt und seither den Abstand diesem gegenüber rasch vergrößert), in der Papierindustrie, der graphischen und chemischen Industrie sowie im Handel. Ungünstiger entwickelte sie sich in der Lederindustrie (die im Winter das Vorjahresniveau unterschritt), in der Textilindustrie (in der die Beschäftigung schon fast auf das Vorjahresniveau gesunken ist), in der Bekleidungsindustrie und in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie. Bergbau und Holzindustrie halten sich ungefähr auf Vorjahreshöhe.

In einigen Zweigen nahm die Beschäftigung ebensostark zu wie im Konjunkturjahr 1950/51, oder sogar noch stärker. So etwa im Handel, in der graphischen und chemischen Industrie, der Nahrungs- und Genußmittelindustrie und in der Eisen- und Metallindustrie. Weniger günstig, aber doch auf höherem Niveau als im Jahre 1950/51 entwickelte sich die Beschäftigung im Bergbau, der Bekleidungsindustrie (die durch den Übergang der Nachfrage von Maßarbeit zur Konfektion in einer relativ günstigeren Lage ist als das Bekleidungsgerwerbe) und der Papierindustrie. (Siehe Übersicht auf S. 188.)

Die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden sank im Mai um 36.900 (20,6%) auf 142.500, im Juni um weitere 21.900 (15,4%) auf 120.600. Sie lag daher Ende Juni bereits um 22.600 (15,8%) unter dem Vorjahresstand und um 8.600 unter dem Tiefstpunkt des Vorjahres (Ende August 1953). Es kann damit gerechnet werden, daß im Herbst die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden auf nahezu 100.000 sinken wird. Die Rate der Arbeitslosigkeit ging von 6,7% im Mai auf 5,7% im Juni (im Vorjahr von 7,5% auf 6,8%) zurück. Gegenüber 1951 gibt es aber noch immer um fast 40.000 Stellensuchende mehr, vor allem weil sich das Arbeitskräfteangebot seither um fast 29.000 vermehrt hat.

Die Arbeitslosigkeit der Frauen liegt noch geringfügig (um 300) über dem Vorjahresniveau, dürfte aber im Juli darunter sinken. In Wien, Niederösterreich, Salzburg, Vorarlberg und dem Burgenland war die Arbeitslosigkeit bereits im Juni geringer als im Jahre 1952; infolge des relativ größeren Anteils der Textil-

Beschäftigung in 1.678 Groß- und Mittelbetrieben von August 1953 bis Mai 1954 im Vergleich zu den Jahren 1952/53 und 1950/51

Beschäftigung 1953/54 in % der Beschäftigung der Jahre 1952/53 und 1950/51

	1952/53=100			1950/51=100			
	August	November	Februar	August	November	Februar	Mai
Bergbau, Salinen.....	99'7	100'5	98'9	99'7	108'0	107'4	102'9
Industrie in Steinen, Erden, Glas.....	98'1	102'4	105'0	103'5	98'8	100'4	96'2
Baugewerbe.....	103'2	106'1	113'2	101'0	96'3	90'5	87'8
Elektrizitätswerke.....	103'7	103'5	104'9	105'5	110'8	110'9	110'0
Eisen- und Metallindustrie.....	94'7	97'5	100'5	102'1	99'8	100'8	100'7
Holzindustrie.....	100'0	103'4	101'0	100'2	98'0	99'0	93'5
Lederindustrie.....	103'9	102'9	101'1	97'6	100'1	96'6	99'4
Textilindustrie.....	104'8	104'6	103'5	100'7	96'6	94'5	92'8
Bekleidungsindustrie.....	114'2	106'9	104'1	101'2	108'7	107'5	101'4
Papierindustrie.....	99'1	101'5	102'8	103'5	106'9	106'4	104'3
Graphische Industrie.....	98'6	99'5	100'4	103'2	97'4	98'5	99'1
Chemische Industrie.....	101'8	103'7	106'4	107'1	99'1	98'7	101'0
Nahrungsmittelindustrie.....	102'1	101'9	102'5	99'8	103'3	101'3	100'3
Hotel- und Gastgewerbe, usw.....	92'0	92'6	92'1	92'9	81'7	76'2	75'7
Handel.....	100'1	99'7	102'6	103'7	105'5	106'7	109'4
Insgesamt.....	99'0	100'7	101'9	102'0	100'8	100'5	99'7

Q: Arbeiterkammer in Wien.

und Bekleidungsindustrie und des Hotel- und Gastgewerbes hatte in diesen Ländern im Jahre 1952 die Beschäftigung stärker unter dem Konjunkturrückschlag zu leiden, während sich der Aufschwung des Fremdenverkehrs in den Jahren 1953 und 1954 günstiger auswirkte. Nur im Burgenland ist die niedrigere Arbeitslosenzahl ausschließlich eine Folge der guten Baukonjunktur.

Die Zahl der stellensuchenden Bauarbeiter war Ende Juni bereits um 9.462 oder 43'2% tiefer als im Vorjahre und lag um 1.188 oder 8'7% unter der von 1952. Bei den Facharbeitern beträgt der Stand sogar weniger als die Hälfte des Vorjahres, wobei der Arbeitermangel in den westlichen Bundesländern besonders ausgeprägt ist. So gab es beispielsweise Ende Mai in ganz Österreich nur noch 1.215 stellensuchende Maurer und Stukkateure (von denen aber 520 nur „beschränkt vermittlungsfähig“ waren), in Tirol 57, in Salzburg 20, in Vorarlberg 9, und selbst im Burgenland, dem Reservoir an Baufacharbeitern für die übrigen Bundesländer, nur 158. Im Juni sank allerdings die Zahl der stellensuchenden Bauarbeiter nur noch um wenig mehr als im Vorjahre. Die Abnahme war bei den Baufacharbeitern sogar schwächer als im Juni 1953 und erstreckte sich vor allem auf Bauhilfsarbeiter.

Abnahme der Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden vom winterlichen Höchststand bis Ende Juni

Jahr	Stellensuchende Baufach- u. Bau- hilfsarbeiter	Anteil an der Gesamt- abnahme %	Übrige	Anteil an der Gesamt- abnahme %	Insgesamt
1950	59.000	60	38.600	41	97.600
1951	66.600	48	73.200	52	139.800
1952	68.200	71	28.000	29	96.200
1953	79.500	56	62.700	44	142.200
1954	94.200	51	90.500	49	184.600

Q: Bundesministerium für soziale Verwaltung.

Trotz sehr starker Bautätigkeit sank, wie stets bei guter Konjunktur, der Anteil der arbeitslosen Bauarbeiter an der Abnahme der Gesamtarbeitslosigkeit. Er betrug (seit dem winterlichen Höhepunkt) 51%, gegen 56% im Vorjahr und 71% im Jahre 1952. Er liegt nur um 3% höher als im Jahre 1951, aber tiefer als im Jahre 1950. Damals wirkte sich eine vorübergehende Absatzstockung auf den Arbeitsmarkt aus.

Allerdings dürften Arbeitskräfte aus anderen Berufen in die Bauwirtschaft zuwandern. So ist die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden in der Land- und Forstwirtschaft bis Ende Mai etwas unter den Vorjahresstand gesunken. Dies steht im Gegensatz zur Entwicklung der Beschäftigung der Land- und Forstwirtschaft, die hinter der vom Vorjahr zurückbleibt und man darf daher auf eine, wenn auch geringe, Abwanderung von Landarbeitern in die Bauwirtschaft schließen.

Die übersaisonal günstige Bewegung der Arbeitslosigkeit im heurigen Frühjahr erstreckt sich auf alle Berufsklassen; nur bei den Chemiearbeitern ging die Arbeitslosigkeit bis Ende Mai etwas schwächer zurück als im Vorjahre, doch nur, weil der Aufschwung in der chemischen Industrie nach einem starken Rückschlag im Jahre 1952 bereits im Frühjahr 1953 einsetzte.

Im Februar 1954 gab es von den 27 Berufsklassen der vorgemerkten Stellensuchenden nur 8, in denen die Stände niedriger waren als im Februar 1953, darunter Chemiearbeiter, Eisen- und Metallarbeiter, Papierarbeiter, Techniker und Angehörige der Körperpflegeberufe (Friseure etc.). In keiner dieser Gruppen betrug die Besserung gegenüber dem Vorjahre viel mehr als einige 100 Personen. Im März sank erstmals die Zahl der stellensuchenden Steingewinner und -bearbeiter, sowie Bauarbeiter unter den Vorjahresstand, im April auch die der Holzarbeiter, Verkehrsarbeiter sowie der Heizer und Maschinisten. Ende

Vergleich der Bewegung der vorgemerkten Stellensuchenden im Frühjahr 1954 und 1953

(Differenz der Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat)

Berufsklasse	Februar	März	1954 April	Mai	Juni
01 Land- und forstwirtschaftl. Arbeiter usw.....	+ 5.336	+ 4.352	+ 2.974	— 59	
02 Bergarbeiter usw.....	+ 368	+ 303	+ 206	+ 129	
03 Techniker usw.....	— 185	— 244	— 384	— 472	
04 Steingewinner u. -bearbeiter, Keramiker, Glasmacher..	+ 104	— 386	— 271	— 772	
05 Bauberufe.....	+ 8.778	— 151	— 4.156	— 9.368	— 9.462
06 Eisen-, Metallgewinner, -bearbeiter, Elektriker...	— 369	— 1.251	— 2.837	— 4.391	— 5.799
07 Holzverarbeiter usw.....	+ 1.259	+ 652	— 508	— 1.733	— 2.328
08 Ledererzeuger u. -bearbeiter	+ 121	+ 166	+ 133	+ 13	
09 Textilberufe.....	+ 610	+ 1.318	+ 1.379	+ 708	+ 269
10 BekleidungsHersteller.....	+ 1.743	+ 2.140	+ 526	— 381	— 1.992
11 Papierhersteller und -verarbeiter.....	— 347	— 391	— 352	— 377	
12 Graphische Berufe.....	— 8	— 88	— 143	— 91	
13 Chemiarbeiter, Kunststoff- verarbeiter.....	— 516	— 507	— 414	— 434	
14 Nahrungs- und Genuß- mittelhersteller.....	+ 520	+ 495	+ 440	+ 289	
15 Hotel- u. Gaststättenberufe +	1.388	+ 1.293	+ 1.351	+ 1.092	+ 394
16 Kaufmännische u. Büroberufe +	1.378	+ 1.034	+ 885	+ 337	
17 Verkehrsberufe.....	+ 392	+ 202	— 146	— 480	
18 Berufe d. Geldwesens u. d. Privatversicherung...	— 9	— 38	— 13	— 21	
19 Reinigungsberufe.....	+ 723	+ 844	+ 821	+ 700	
20 Körperpflegeberufe.....	— 152	— 99	— 158	— 121	
21 Gesundheits- und Fürsorge- berufe.....	+ 66	+ 35	+ 29	+ 29	
22 Lehr-, Bildungs-, Kunst- u. Unterhaltungsberufe..	+ 76	+ 58	+ 102	— 3	
23 Rechts- u. Wirtschaftsberater +	3	— 9	— 24	— 20	
24 Berufe des öffentlichen Dienstes.....	— 44	— 54	— 65	— 90	
25 Hauswirtschaftliche Berufe. +	576	+ 598	+ 305	+ 168	
26 Maschinisten, Heizer.....	+ 140	+ 44	— 79	— 116	
27 Hilfsberufe allgemeiner Art +	3.089	+ 2.791	+ 2.414	+ 1.192	
Insgesamt....	+25.040	+13.107	+ 2.015	—14.272	—22.559

Q: Bundesministerium für soziale Verwaltung.

April, als die Gesamtzahl der Arbeitslosen nur um 2.000 größer war als im Vorjahr, gab es bereits 14 Berufsklassen, in denen die Arbeitslosigkeit um insgesamt 9.600 niedriger war als im Vorjahr und 13, in denen die Vorgemerktenstände noch um insgesamt 11.600 die des Vorjahres übertrafen. Zur ersten Gruppe gehörten u. a. die Arbeiter des Baugewerbes, der Metall-, Holz- und Papierverarbeitung sowie mehrere Angestelltengruppen; zu den letztgenannten neben den Land- und Forstarbeitern und Bergarbeitern die Leder-, Textil- und Bekleidungsarbeiter sowie die Nahrungs- und Genußmittelherzeuger und Angehörige verschiedener Dienstleistungsberufe. Ende Mai war die Arbeitslosigkeit nur mehr in 10 Berufsklassen höher (und auch hier nur um insgesamt 4.700). Soweit schon Zahlen über einige von ihnen vorliegen, haben sie sich auch im Juni wesentlich günstiger entwickelt als im Vorjahr.

Verkehr und Fremdenverkehr

Dazu Statistische Übersichten 8.1 bis 8.13

Der Güterverkehr der Bundesbahnen war im Mai vor allem saisonbedingt lebhafter als im April. Die Leistung in netto-t-km stieg um 6% auf 545'3 Mill., die Zahl der gestellten Wagen um 1'4% auf 153.888

Stück. Da der Berichtsmonat einen Arbeitstag weniger hatte (vierundzwanzig) als der April, erhöhte sich die arbeitstägliche Leistung um 10% und 5'7%. Sie stieg besonders bei den Transporten von Baustoffen, Eisen und Nahrungsmitteln, und zwar um 16%, 13% und 14%. Für Baustoffe (einschl. Zement) wurden 25.041 Wagen, das sind 2.628 Wagen mehr als im April, bereitgestellt.

Gegenüber Mai 1953 war der Güterverkehr um 12% (netto-t-km) bzw. 10'2% (gestellte Wagen) höher. Von den wichtigsten Güterarten nahmen fast alle Transporte, außer die von Kohle und Koks, zu, insbesondere die von Holz und Baustoffen.

Wagenstellungen nach Güterarten (Voll- und Schmalspur)

	April	Mai	Veränderung		
			Monatsergebnis gegen Vorjahr	Monatsergebnis gegen Vormonat	Arbeits- tag geg. Vormonat
Insgesamt.....	151.708	153.888	+10'2	+ 1'4	+ 5'7
davon					
Kohle, Koks.....	19.130	18.789	— 6'4	— 1'8	+ 2'4
Holz.....	22.601	22.808	+21'2	+ 0'9	+ 5'1
Baustoffe.....	22.413	25.041	+18'9	+11'7	+16'4
Eisen, Metalle.....	9.636	10.470	+11'9	+ 8'7	+13'2
Papier, Zellstoff.....	5.128	5.320	+30'0	+ 3'7	+ 8'3
Erze.....	7.153	6.625	+ 8'8	— 7'4	— 3'5
Kunstdünger.....	5.191	2.823	—13'8	—45'6	—43'3
Nahrungsmittel.....	8.494	9.283	+18'0	+ 9'3	+13'8
Stückgut.....	26.064	25.566	+ 8'8	— 1'9	+ 2'1
Sammelgut.....	4.639	4.319	+17'9	— 6'9	— 3'2
Zuckerrüben.....	14	5	—	—	—
Andere.....	21.245	22.839	+ 4'8	+ 7'5	+12'0

Dank verstärktem Einsatz von Fremdwagen konnte der Wagenbedarf zu 95% gedeckt werden, wodurch allerdings die Ausgaben für Wagenmiete um 16.720 Goldfranken stiegen. Die Versorgung mit Kühlwagen und langen Flachwagen war knapp. Während Kühlwagen auch auf längere Sicht knapp bleiben werden, wird sich die Lage bei Flachwagen durch den Bau von 150 Einheiten mit Beginn 1955 entspannen. Der Schadwagenbestand hat sich von 4.212 im April auf 3.637 im Mai vermindert.

Der Personenverkehr der ÖBB war im Mai mit 5'12 Mill. verkauften Karten um 6% höher als im April. Gegenüber dem Vorjahr wurden um 700.000 Karten weniger verkauft, vor allem weil die Pfingstfeiertage heuer in den Juni fielen. Ein Teil des Rückganges dürfte jedoch auf die Fahrpreiserhöhung zu Jahresanfang zurückzuführen sein.

Im entgeltlichen Personen-Straßenverkehr wurden von Bahn und Post im Mai 7'06 Mill. Personen befördert gegen 7'77 Mill. im Mai 1953. Auch hier ist der Frequenzrückgang nur teilweise durch das späte Pfingstfest erklärbar. Der private Überland-Linienverkehr konnte im April (Mai-Daten liegen noch nicht vor) um nahezu 20% mehr Personen

befördern als im Vorjahr, während er in den vorangegangenen Monaten stets hinter den Vorjahrsleistungen zurückgeblieben war. Die Fahrkilometerleistung des privaten Linienverkehrs war in den ersten 4 Monaten des Jahres um 6% höher als im Vorjahr, während bei Bahn und Post die Kilometerleistung leicht zurückblieb.

Die Zulassungen fabriksneuer Kraftfahrzeuge waren im Mai mit 7.556 immer noch sehr hoch, wenn auch geringer als im März und April mit insgesamt 19.461 Einheiten. Die Zulassung von Motorrädern hat im März einen Höhepunkt erreicht (7.186 Stück) und ist dann bis Mai auf 3.989 Stück zurückgegangen, dagegen sind die PKW-Zulassungen seit Jahresanfang ständig weiter gestiegen und übertrafen im Mai mit 1.970 Stück alle bisherigen Monatsergebnisse. Lastkraftwagen und Anhänger hielten sich mit 673 und 274 Stück auf dem bisherigen Niveau. Von den Personenkraftwagen stammten 18% aus dem heimischen Assembling; 65% aller Motorräder und 44% aller Lastkraftwagen kamen aus dem Ausland.

Der *Schiffsverkehr* auf der Donau beförderte im Mai 228.900 t, davon 38.774 t im Transit durch die jugoslawische Schifffahrtsgesellschaft. In der Ein- und Ausfuhr (175.321 t) betrug die Bergfracht die Hälfte des Talverkehrs, so daß die Auslastung der Schiffe nur 27,2% erreichte gegen 51,3% bergwärts. Von der Gesamtfracht (ohne Transit) entfielen 112.186 t auf Kohle, der Rest überwiegend auf Roheisen, Mineralölprodukte, Rohre, Bleche und Eisenwaren. Hiervon beförderten die DDSG und Comos 76%, den Rest der Tonnage die deutsche, jugoslawische und ungarische Schifffahrt.

Schiffsverkehr auf der Donau

	Februar	März	April	Mai
	in t			
Gesamt.....	48.420	163.891	213.598	228.900
Einfuhr.....	46.852	103.974	114.975	124.304
Ausfuhr.....	130	27.613	41.869	51.017
Inland.....	—	15.340	22.930	14.805
Transit.....	1.438	16.964	33.824	38.774
Hafenumschlag				
Linz.....	46.481	117.639	150.692	155.941
Wien.....	419	43.493	45.192	43.493
Waren ¹⁾				
Kohle.....	46.433	99.218	110.498	112.186
Roheisen.....	—	6.884	16.483	23.592
Bleche.....	—	4.634	6.907	9.027
Mineralölprodukte ²⁾	—	11.184	17.969	24.327
Andere.....	549	25.007	27.917	20.994

¹⁾ Ohne Transit. — ²⁾ Benzin, Gasöl, Heizöl.

Obwohl der Schiffsverkehr für österreichische Schiffe von Wien abwärts nach den Abkommen mit den östlichen Donauuferstaaten rechtlich möglich ist, konnte praktisch noch kein Transport durchgeführt werden. Die Ursache liegt erstens darin, daß die

Oststaaten ihre Ein- und Ausfuhr über tschechisch-deutsche Grenzorte oder frei Wien stellen, von wo sie die An- und Abfuhr selbst übernehmen können, und zweitens darin, daß die getroffenen Abkommen den Oststaaten keinen Transit durch Österreich ermöglichen, da der deutsche Streckenabschnitt von ihnen nicht befahren werden kann. Eine durchlaufende Streckenbedienung von und bis Regensburg wäre nur der österreichischen und jugoslawischen Schifffahrt möglich, woran die Oststaaten mangels Gegenseitigkeit jedoch nicht interessiert sein können. Solange diese Fragen nicht geklärt sind, werden die Abkommen praktisch bedeutungslos bleiben. Aber auch dann ergäben sich für die österreichische Schifffahrt Schwierigkeiten, da infolge der Staatsmonopole eine Frachtwerbung in den Oststaaten nicht möglich ist. Ein durchgehender Frachtverkehr wäre daher nur durch Quotenabkommen möglich, wie sie zwischen der DDSG und dem Bayrischen Lloyd bestehen. Auch mit Jugoslawien dürfte auf lange Sicht aus gleichen Gründen ein solches Übereinkommen nicht zu umgehen sein.

Der *Fremdenverkehr* stieg im Mai saisonüblich auf 1'07 Mill. Übernachtungen und war um knapp 5% höher als i. J. 1953. Gegenüber dem Vorjahr hat allerdings nur der Ausländerverkehr zugenommen (16%), der Inländerverkehr blieb geringfügig zurück. Die Zahl der Grenzübertritte einreisender Ausländer erreichte 764.280, d. s. 28% mehr als im April und 6% mehr als im Vergleichsmonat 1953. Die Deviseneingänge waren sowohl gegenüber April wie gegenüber dem Vorjahr um rund 60% höher. Es ist anzunehmen, daß in diesen Eingängen viele Vorausbuchungen enthalten sind, was sich in den Deviseneingängen der nächsten Monate entsprechend auswirken müßte. Die Devisenausgänge waren mit 367 Mill. S doppelt so hoch wie im Vorjahr¹⁾.

Außenhandel

Dazu Statistische Übersichten 9.1 bis 9.9

Im Mai war der Außenhandel vor allem durch eine starke Zunahme der *Einfuhr* gekennzeichnet. Sie stieg um 15% auf 1.366 Mill. S, ihren bisher höchsten Wert (und war damit noch um 5 Mill. S höher als im Dezember 1953). Das Einfuhrvolumen stieg auf 110% von 1937, ein Stand, der seit Juni 1952 nicht mehr erreicht worden war. Die Einfuhr stieg vorwiegend infolge der neuerlichen Zunahme der ERP-

¹⁾ Berichtigung: In Heft 5, Jg. 1954, S. 165, rechte Spalte, erste Tabelle, müssen die Übernachtungszahlen für 1936/37 in der gleichen Reihenfolge wie folgt lauten:

2.151'7; 274'6; 1.877'1; 433'0; 164'9; 62'3; 75'1; 75'1; 82'8; 68'3; und für „Andere“ 915'6.

Lieferungen, die von dem außerordentlich tiefen Niveau der beiden Vormonate auf nahezu das Vierfache wuchsen (März: 21 Mill. S, April: 23 Mill. S, Mai: 82 Mill. S). Der Hauptteil dieser verstärkten ERP-Einfuhr entfiel auf Mais (68%), der Rest auf Baumwolle, Kupfer, Nickel, andere Rohstoffe und Maschinen. Die kommerzielle Einfuhr (ohne ERP-Importe) erreichte im Mai (mit 1.284 Mill. S) nicht den Wert vom März und blieb auch volumenmäßig zurück. Die Liberalisierung hat daher auch im Mai die Einfuhr noch nicht erhöht.

Die *Ausfuhr* ging im Mai ähnlich wie im April unbedeutend — um 5 Mill. S — auf 1.330 Mill. S zurück. Dies ist aber ebenso wie im Vormonat durch die Zahl der Feiertage hinreichend erklärt. Der arbeitstägige Export ist auch in den beiden letzten Monaten nicht gefallen, sondern von 497 Mill. S im März auf 534 Mill. S im April und auf 554 Mill. S im Mai gestiegen. In den Sommermonaten ist allerdings saisongemäß ein stärkerer Rückgang der *Ausfuhr* zu erwarten.

Obwohl sich in den letzten Monaten das Niveau der Ein- und *Ausfuhr* nicht stark verändert hat, zeigt die Warenzusammensetzung eine beachtliche Verschiebung. In der *Einfuhr* steigt der Anteil der Fertigwaren (unter dem Einfluß der Devisenfülle und der Liberalisierung). Während ihr Anteil an der Gesamteinfuhr in den Jahren 1952 und 1953 20% und 24% betrug, stieg er bis Mai auf 29%.

Prozentanteil der Fertigwaren an der Einfuhr

1949	16'2
1950	19'5
1951	18'5
1952	20'4
1953	24'0
1954 Jänner	22'9
Februar	26'3
März	26'4
April	28'4
Mai	28'8

Im Mai lag die Fertigwareneinfuhr um 40% über dem bisherigen Höchststand (Dezember 1953), während die Nahrungsmittel- und Rohstoffimporte nicht an ihre bisherigen Höchstwerte herankamen. Besonders stark stieg die Einfuhr von Personenautos. Ihre Einfuhr hat sich wert- und mengenmäßig gegenüber Mitte 1953 mehr als verdoppelt.

Aber auch bei vielen anderen Fertigwaren — so bei Kautschukwaren, optischen und feinmechanischen Erzeugnissen, Lederwaren — lagen die Einfuhrwerte im Mai merklich höher als in früheren Monaten. Die Mehreinfuhr von Leder dürfte sich durch Vorratskäufe wegen der Zollerhöhung im Mai ergeben haben.

Einfuhr von Personenautos
(Monatsdurchschnitte bzw. Monatswerte)

	Stück	Mill. S
1953 I. Quartal	684	16'9
II. „	847	22'4
III. „	845	23'0
IV. „	605	16'4
1954 I. „	1.137	32'5
April	1.406	43'5
Mai	1.779	49'6

Neben der Fertigwareneinfuhr erreichte auch die Halbfertigwareneinfuhr im Mai einen Höhepunkt, da sich vor allem die Einfuhr von Kupfer von 166 Mill. S im April auf 365 Mill. S im Mai (davon 165 Mill. S aus Westdeutschland, 92 Mill. S aus Amerika, der Rest aus Belgien, Großbritannien und den Niederlanden) erhöht hat. Auch die Nahrungsmitelefuhr war höher als in irgend einem anderen Monat dieses Jahres, wobei neben den größeren Maislieferungen im Rahmen des ERP-Programms auch verstärkte Lieferungen von Fleisch und Eiern eine Rolle spielten.

Während in der Einfuhr die Fertigwaren stärker hervortreten, sind es in der *Ausfuhr* die Rohstoffe. Ähnlich wie im Jahre 1951 begünstigt jetzt die Wirtschaftsbelebung in Westeuropa vor allem wieder unsere Rohstoffausfuhr, die volumen- und preismäßig auf Konjunkturschwankungen rasch reagiert. Der Anteil der Rohstoffausfuhr an der Gesamtausfuhr, der von 1951 bis 1953 von 316% auf 285% gefallen war, ist daher in den beiden letzten Monaten stark gestiegen und überschritt im Mai mit 323% den Durchschnitt von 1951.

Prozentanteil der Rohstoffe an der Ausfuhr

1949	25'1
1950	26'8
1951	31'7
1952	30'8
1953	28'5
1954 Jänner	25'5
Februar	26'5
März	25'6
April	30'0
Mai	32'3

Innerhalb der Rohstoffausfuhr spielt Holz die tragende Rolle. Im Mai erreichte der Holzexport einen neuen Höhepunkt und überschritt mengenmäßig erstmalig die 200.000-t-Grenze, wertmäßig die 300-Mill.-S-Grenze; sein Anteil an der Ausfuhr betrug im Mai nahezu 23%.

Durch die gegenläufigen Tendenzen bei der Ein- und *Ausfuhr* war in den beiden letzten Berichtsmonaten die Rohstoffbilanz des Außenhandels, die normalerweise stets einen beträchtlichen Einfuhrüberschuß ergibt, ungefähr ausgeglichen. Im April

Holzausfuhr (Monatsdurchschnitt)

Jahr	Menge 1.000 m ³	Wert Mill. S	Anteil an der Gesamtausfuhr %
1953 I. Quartal	127'6	143'8	16'6
II. "	154'6	216'2	21'1
III. "	170'2	241'8	20'0
IV. "	182'2	242'2	18'7
1954 I. "	162'1	203'8	17'1
April—Mai	206'0	288'4	21'7

gab es einen *Ausfuhrüberschuß* von 8 Mill. S, im Mai einen *Einfuhrüberschuß* von 30 Mill. S.

Während die Rohstoffausfuhr im Mai — um 7,5% gegenüber April (dem bisherigen Rekordniveau) — zunahm, ging die Ausfuhr der anderen drei Hauptgruppen (Nahrungs- und Genußmittel, halbfertige Waren und Fertigwaren) leicht zurück. Vor allem wurden weniger Lebewiehe, Chemieprodukte, Textilien, Bekleidung und Aluminium ausgeführt.

Bilanz des Rohstoffaußenhandels

(Monatsdurchschnitte bzw. Monatswerte)

	Einfuhrüberschuß in Mill. S
1953 I. Quartal	130
II. "	105
III. "	56
IV. "	99
1954 Jänner	199
Februar	112
März	146
April	18 ²⁾
Mai	30

²⁾ Ausfuhrüberschuß.

Der Devisenüberschuß, der seit Frühjahr 1953 datiert, hält unvermindert an. Der Überschuß in der EZU ist seit Mai 1953 stark gestiegen. Nur im Mai d. J. war er mit 3,3 Mill. \$ niedriger als in den Vormonaten, im Juni aber stieg er wieder auf 9,7 Mill. \$.

Anläßlich der Verlängerung der EZU um ein weiteres Jahr (bis 30. Juni 1955) wurde die Quote Österreichs von 70 Mill. \$ auf 84 Mill. \$ erhöht, ein Teil der Kredite konsolidiert und die Rallonge vergrößert. Gegenwärtig bestehen daher noch unaus-

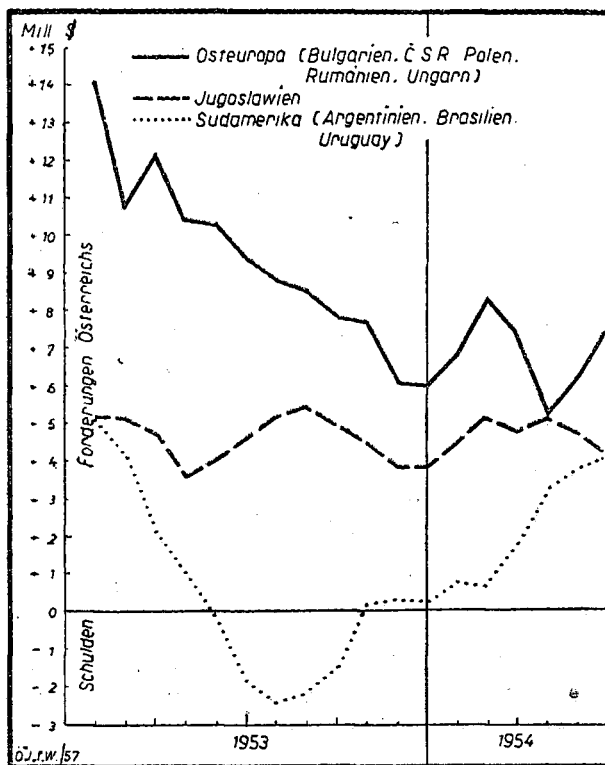
Österreichs Verrechnung mit der EZU

(+ = Überschuß; - = Defizit)

	1953	1954
	Mill. S	
Jänner	- 0'4	+5'7
Februar	- 2'1	+4'9
März	- 3'7	+6'7
April	- 4'5	+5'2
Mai	+ 3'7	+3'3
Juni	+15'2	+9'7
Juli	+18'1	
August	+18'6	
September	+12'7	
Oktober	+10'1	
November	+ 4'1	
Dezember	+ 7'8	

Stand der Verrechnungsabkommen mit Nicht-EZU-Staaten

(Normaler Maßstab; in Mill. Dollar)



Österreichs Gläubigerstellung tritt nicht nur im Verkehr mit den EZU-Ländern, sondern auch im Verkehr mit den Clearingpartnern zutage. Gegenwärtig verzeichnet Österreich auf allen Clearingkonten ein Guthaben. Die Summe dieser Guthaben betrug Ende Juni 15,9 Mill. \$. Insbesondere im Zahlungsverkehr mit südamerikanischen Staaten, der im Jahre 1953 vorübergehend passiv war, hat Österreich in den letzten Monaten wieder größere Überschüsse erzielt.

genützte Kreditmöglichkeiten von 70 Mill. \$. Selbst wenn in der Fremdenverkehrssaison wieder ähnlich große Überschüsse erzielt werden sollten wie im Vorjahre (je 18 bis 19 Mill. \$ im Juli und im August), dürfte die gegenwärtige Rallonge zumindest bis Anfang nächsten Jahres ausreichen.

Auch gegenüber seinen bilateralen Clearingpartnern ist Österreich Gläubiger geworden. Ende Juni hatten sie alle Schulden an Österreich. Die gesamten österreichischen Außenstände betragen 15,9 Mill. \$. Insbesondere gegenüber den südamerikanischen Staaten sind in letzter Zeit die Guthaben rasch gestiegen. Von den osteuropäischen Staaten haben Bulgarien und Ungarn, deren „Swing“ bereits überzogen war, durch vermehrte Nahrungsmittellieferungen ihre Schuld bedeutend abbauen können, während die Kredite an Polen und die Tschechoslowakei etwas gewachsen sind. Der Clearingsaldo gegenüber Rumänien und Jugoslawien hat sich in letzter Zeit wenig verändert.